



Frauen! Was muss sich ändern, wenn es besser werden soll?

Studie zur Situation der Frauen im Ostalbkreis

Eine Initiative des Kreisfrauenrates Ostalbkreis e. V.



Kooperationspartner Hochschule Aalen
Wirtschaftsingenieurwesen/Projektmanagement



OSTALBKREIS

Mit freundlicher Unterstützung durch
das Landratsamt Ostalbkreis

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Inhalt	Seite
A Vorbemerkungen	3
B Ergebnisse	
1. Wohnumfeld (städtisch/ländlich geprägt)	5
2. Altersstruktur	6
3. Familienstand	7
4. Bildung	8
5. Einkommen (je Haushalt)	9
6. Erwerbsstatus	12
7. Wohnsituation	16
8. Vereinbarkeit Beruf, Familie, Pflege	19
9. Mediennutzung	22
10. Ehrenamt	23
C Schlussbemerkungen	25

Vorwort

Der Kreisfrauenrat Ostalbkreis e. V. strebt die Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen im politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben im Ostalbkreis an. Ein wesentlicher Ansatzpunkt zur Erreichung dieser Zielsetzung liegt darin, eine nachvollziehbare und belastbare Beschreibung der Lebenssituation der Frauen im Ostalbkreis herzustellen und auf die politische Agenda zu heben.¹

Solange die bestehenden Strukturen der politischen Willensbildung unverändert bleiben – das war und ist uns klar – wird es kein einfaches Unterfangen, „Frauen“-Themen in den Vordergrund zu rücken. Frauen und Männer haben durch ihre unterschiedliche Sozialisation auch andere Sichtweisen und dadurch auch andere gesellschaftspolitische Perspektiven, Prioritäten und Interessen, und dies führt nun mal zu anderen Themenschwerpunkten. Und so kommen grundlegende Entscheidungsparameter der einen Hälfte der Bürger in der Legislative nicht angemessen zum Ausdruck. Verständlich! Eine Veränderung dieser Strukturen läuft nach den Regeln des Null-Summen-Spiels.

Freiheit und Demokratie stehen unter Druck, so Bundespräsident Steinmeier im April 2019. Auch Frauenrechte scheinen wieder verhandelbar. Nur Frauen können an dieser Situation etwas ändern – niemand anderes wird es für sie tun. Ein schönes und ermutigendes Beispiel ist die „Maria 2.0“-Bewegung in der katholischen Kirche.

All dieses im Blick initiierte der Kreisfrauenrat die vorliegende Studie. Sie stellt einen ersten Schritt dar, der zunächst einmal eine Datenbasis erzeugte, in dem die betroffenen Frauen unmittelbar zu Wort kamen und in dem nicht über sie gemutmaßt wird.

Darauf aufbauend formte sich dem Kreisfrauenrat ein Rollenbild der Frauen im Ostalbkreis zwischen traditioneller Verwurzelung und Modernität, zwischen Alltagszwängen und infrastrukturellen Defiziten, zwischen Selbstverwirklichungswünschen und begrenzten Ressourcen, um nur einige wesentliche Aspekte zu erwähnen.

Das Material, dieses Bild noch weiter detailgenau und facettenreich auszumalen, ist vorhanden, konnte aber mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nur in begrenztem Umfang genutzt werden – quasi als Stimmungsbild zum Einstieg. Der Kreisfrauenrat knüpft an diese Vorarbeit zwei Erwartungen: Zum einen, dass aus den vielen bisher vorliegenden Daten auch politisch verwertbare Informationen werden. Zum anderen, dass auf dieser Basis eine politische Diskussion einsetzt, an deren Ende eine Verbesserung der Situation der Frauen im Ostalbkreis ernsthaft angegangen wird. Und nicht zuletzt, dass Frauen deutlich wird, dass Gleichberechtigung keine Rosinenpickerei ist, dass sie Rechte aber auch Pflichten mit sich bringt. Wirtschaftlich, politisch und sozial frei, unabhängig und gleichberechtigt zu sein heißt nicht, bei Bedarf das schwache Geschlecht herauszukehren.

Wir schulden dem Studierenden-Team der Hochschule Aalen für ihre Arbeit unsere Anerkennung und unseren Dank.

Für den Kreisfrauenrat Ostalbkreis e. V.
Dr. Julia Frank

¹ Satzung Kreisfrauenrat: www.kreisfrauenrat-ostalbk.de

A. Vorbemerkungen

Die Prognosen zur Entwicklung der deutschen Bevölkerung sprechen eine eindeutige Sprache: Der demographische Wandel schreitet fort, aber er trifft die einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. Viele größere Städte werden weiter prosperieren, die ländlichen Regionen verlieren dagegen in aller Regel einen Teil ihrer Einwohnerschaft mit all den damit verbundenen Konsequenzen. Die Gegenrezepte beruhen eher auf dem Prinzip Hoffnung: Die sinkende Bevölkerungszahl soll mit einem Anstieg der Geburtenrate und einer wesentlichen Steigerung der Zuzugsrate an gut ausgebildeten Fachkräften aufgefangen werden. Gleichzeitig sollen immer mehr immer älter werdende Menschen gepflegt und Mängel in der Infrastruktur durch ehrenamtliches Engagement abgefangen werden.

Dem allgemeinen Trend für die ländlichen Regionen kann sich auch der Ostalbkreis nicht entziehen, wenn man der Prognose der Bertelsmannstudie „Wegweiser Kommune“² Glauben schenkt: Diese prognostiziert bis zum Jahr 2030 ein Schrumpfen der Kreisbevölkerung gegenüber dem Basisjahr 2012 um 3,5 %. Das Durchschnittsalter wird sich um 3,6 Jahre erhöhen, der Jugendquotient (Verhältnis der unter 18-Jährigen zur Restbevölkerung) verringern, der Altersquotient (Verhältnis der über 65-Jährigen zur Restbevölkerung) von 33,6 % um fast 50 % auf 49,5 % erhöhen, die Bildungswanderung weist einen negativen Saldo auf.

Diese Zahlen beruhen wohlgerne auf Prognosen, denen bestimmte Annahmen zugrunde liegen – diese sind nicht gottgewollt, sondern zeigen den Handlungsbedarf auf. Der Kreisfrauenrat fühlt sich entsprechend seiner Aufgabenstellung insbesondere dort aufgefordert, wo es um die Chancen und Perspektiven von Frauen geht. Schon lange ist bekannt, dass mehr junge Frauen den Ostalbkreis verlassen als zuwandern – u. a. wegen fehlender Studienmöglichkeiten im näheren Umkreis; im Rahmen der Hochschulstrategie hat der Kreisfrauenrat dieses Problem thematisiert und eine längerfristige Lösung vorgestellt. Frauen in diesem Alter, die den OAK verlassen, werden hier keine Kinder mehr bekommen, die später für die Pflege der Älteren benötigt werden. Doch welche Ansatzpunkte gibt es, diesen Perspektiven eine positivere Wendung zu verleihen?

Allgemeines statistisches Material, das die Situation junger Frauen aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet, also die reine Faktenlage, liegt in ausreichender Form vor. Die oben erwähnte Studie der Bertelsmannstiftung steht für viele Fragestellungen als grundlegende Informationsbasis, auch zur Einordnung der neu erworbenen Erkenntnisse, zur Verfügung und ist auch in unsere Interpretation eingeflossen.

Der davon abweichende Ansatzpunkt dieser Studie liegt darin, die Frauen unmittelbar zu Wort kommen zu lassen, ihre ganz persönlichen Einschätzungen über ihre Lage und Perspektiven und ihre Verhaltensmotivationen zu erfahren, aber auch aus individueller Sicht auf Unzulänglichkeiten hinzuweisen. Daraus lassen sich – so die Hoffnung - Strategien ableiten, die den oben beschriebenen Prozess wenn schon nicht stoppen, dann wenigstens seine Folgen abmildern können.

Die Studie wurde vom Kreisfrauenrat Ostalbkreis e. V. initiiert und mit Unterstützung eines Teams der Hochschule Aalen durchgeführt; sie umfasst im Ostalbkreis lebende Frauen im Alter ab 15 Jahren. Basis war ein Fragebogen, der neben allgemeinen Strukturdaten die Themenfelder Wohnumfeld, Einkommen, Erwerbsstatus, Wohnsituation, Vereinbarkeit Beruf, Familie, Pflege, Mediennutzung und Ehrenamt umfasst. Die Erfassung und Dokumentation der Befragungsergebnisse war Aufgabe des studentischen Teams, das auch – soweit es sein begrenzter zeitlicher Rahmen zuließ - erste Analyseergebnisse zur Verfügung stellte; auf dieser Basis übernahm es der Kreisfrauenrat, nach einer gewissen Plausibilitätsprüfung ergänzende und vertiefende Analysen zu erarbeiten und eine Interpretation der Ergebnisse sowie die textliche und visuelle Gesamtdarstellung vorzunehmen.

² <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/wegweiser-kommune>; download 11.04.2019

Die Umfrage fand im Zeitraum vom 19.11. bis zum 14.12.2018 statt; 51 nachträgliche Eingänge wurden noch berücksichtigt. Insgesamt standen damit 733 Fragebögen zur Auswertung zur Verfügung. In einem ersten Schritt wurde die Zugehörigkeit zum räumlichen Untersuchungsbereich „Ostalbkreis“ über die - aus datenschutzrechtlichen Gründen freiwillige - Angabe der Postleitzahl geprüft; 35 Fragebögen mussten daraufhin aussortiert werden. Bei 123 Fragebögen ohne Angabe der Postleitzahl entschied das studentische Team dispositiv, dass eine deutliche Plausibilität dafür spricht, dass diese Frauen im Ostalbkreis leben – eine Einschätzung, die der Kreisfrauenrat teilt; sie sind deshalb Bestandteil der Auswertung. Der Anteil an schriftlichen Antworten war annähernd identisch mit denen der Online-Umfrage.

Ein kurzer Hinweis noch auf das Problem der Randgruppen: Diese sind für Befragungen ganz allgemein schwer zu erreichen, auch bei offiziellen statistischen Erhebungen auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene. Diese Erfahrung ist also kein Spezifikum der vorliegenden Arbeit. Daher wurden einige Teilnehmer mit diesem Hintergrund zusätzlich durch persönliche Ansprache und über Ausgänge für eine Teilnahme gewonnen. Dadurch sollte gewährleistet werden, dass auch soziale Randgruppen oder schwer erreichbare Gruppen in das Panel einbezogen werden können.

Die **Grundgesamtheit** (im Folgenden als „GG“ abgekürzt) der Untersuchung umfasst damit 733 – 35 = **698** Frauen. Auf Grund nicht vollständiger Angaben auf den Fragebögen ergaben sich in Abhängigkeit von der Fragestellung davon jeweils abweichende Stichprobengrößen; die jeweilige Stichprobengröße ist deshalb i. d. R. in den einzelnen Darstellungen in absoluter Höhe und als Prozentwert der Grundgesamtheit angegeben.

Die gesamte Alterskohorte der Frauen im Ostalbkreis von 15 Jahren und älter beträgt rd. 130 000 Personen. Mit den Maßstäben des Mikrozensus, der 1 % der zu untersuchenden Gesamtheit befragt, hätten rd. 1 300 repräsentativ ausgewählte Frauen befragt werden müssen – dies ist mit den Mitteln des Kreisfrauenrats und seiner Kooperationspartner nicht zu leisten. Dennoch ergibt die absolute Höhe von rd. der Hälfte dieses Befragungsumfangs bereits eine Basis, die belastbare Grundlagen für gezielte weitergehende Untersuchungen und erste Entscheidungen bieten. Die vorliegende Untersuchung ist in vielen Bereichen bereits so eindeutig, dass sie Leitlinien für politisches Handeln bereitstellt.

Die verfügbaren Daten bieten an sich eine Grundlage für viele weitergehende Analysen als im Rahmen der vorliegenden Studie aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen erstellt wurden. Im folgenden Text wird an einzelnen Stellen darauf hingewiesen, wo eine weitere Vertiefung aus Sicht des Kreisfrauenrates wünschenswert wäre.

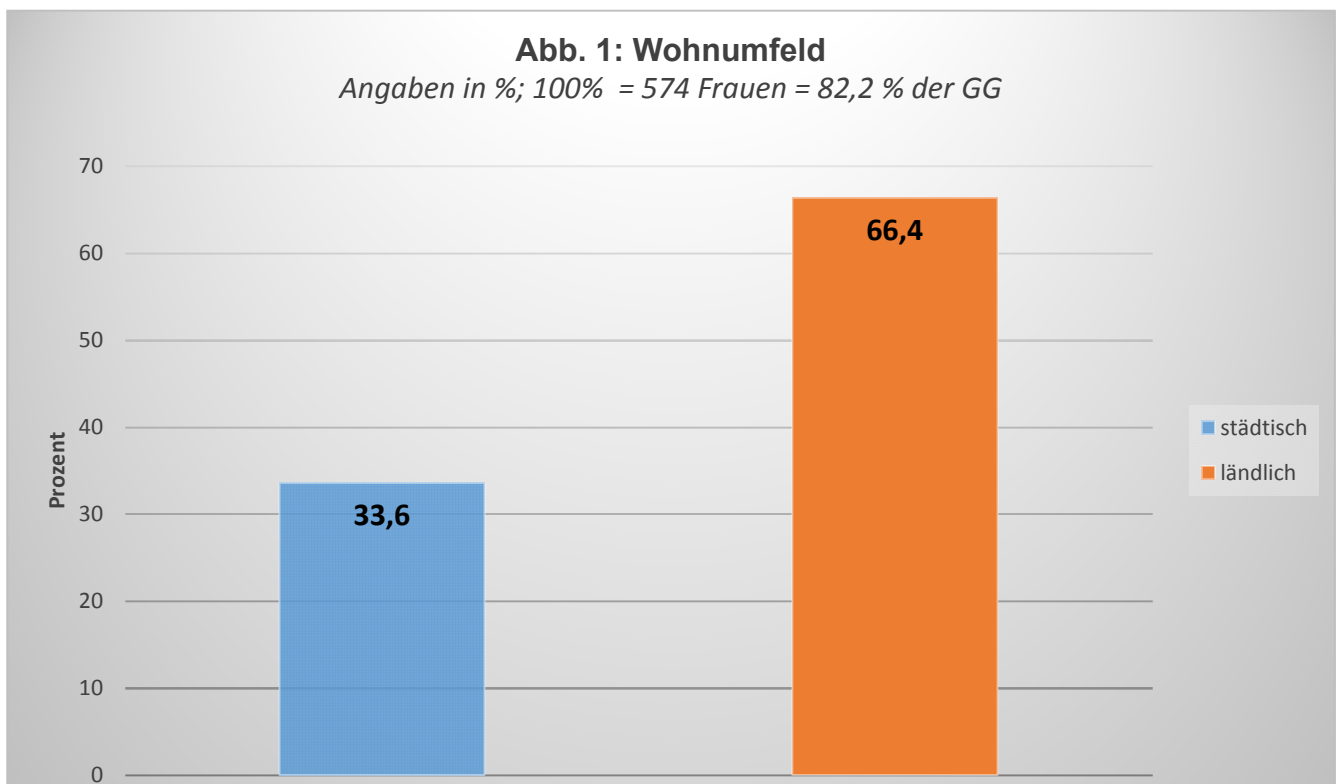
B. Ergebnisse

1. Wohnumfeld (städtisch/ländlich geprägt)

Alle bisherigen Aussagen zur Situation der Frauen im Ostalbkreis gehen von der Vermutung aus, dass sich die Verhältnisse im städtisch geprägten Umfeld signifikant von denen im ländlichen Raum unterscheiden, und zwar in der Hinsicht, dass Wohnen im ländlichen Raum mit spezifischen infrastrukturellen Nachteilen verbunden ist.

Der Ostalbkreis ist nach den Kriterien des Landesentwicklungsplans überwiegend ländlicher Raum, die Zone Aalen – Ellwangen ein Verdichtungsgebiet im ländlichen Raum. Der westliche Teil ab Schwäbisch Gmünd zählt als Randzone zum Verdichtungsgebiet Stuttgart.³ Diese Einteilung war für die Zwecke dieser Studie zu großräumig und auch befragungstechnisch nicht praktikabel.

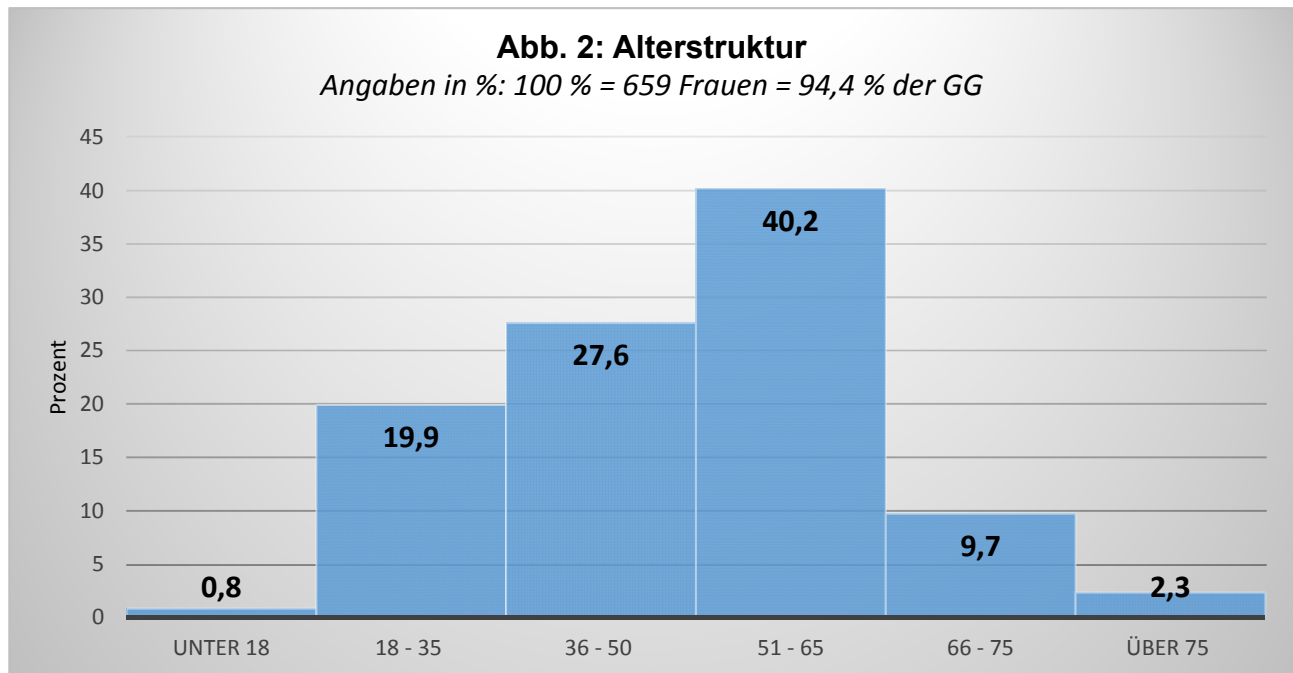
Auch sonst erwies sich eine trennscharfe Unterscheidung zwischen den beiden Bereichen städtisch und ländlich nach begründbaren Kriterien als schwierig bis unmöglich, da selbst in den drei großen Mittelstädten Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen weniger als 50 % der Einwohner in den städtisch geprägten Kernstädten leben und die kleineren Städte Bopfingen, Heubach, Lauchheim, Lorch, Neresheim und Oberkochen eher als ländlich geprägt einzustufen sind. Im Fragebogen wurde deshalb die persönliche Einschätzung des Wohnumfelds erfasst, zumal es bei der Befragung auch um die subjektiven Einschätzungen und Befindlichkeiten der Frauen ging.



Es zeigt sich, dass zwei Drittel der Befragten ihr Umfeld als ländlich und ein Drittel als städtisch geprägt einschätzen (vgl. Abb. 1).

³ Im Übrigen ist die Region Ostwürttemberg die einzige Region in ganz Baden-Württemberg ohne Oberzentrum.

2. Altersstruktur



Die Altersstruktur gibt in verschiedenen Kontexten wichtige Interpretationshilfen. Wie aus Abb. 2 zu erkennen ist, stellen die über und die unter 50-jährigen eine je gleich große Gruppe der Befragten dar, das rechnerische Durchschnittsalter beträgt rd. 47 Jahre (OAK ca. 45 Jahre inkl. der 0 – 15-Jährigen).⁴ Die Jüngeren (15 bis 18 Jahre) und die Ältesten (über 75 Jahre) sind hier nur in geringer Anzahl vertreten. Der Schwerpunkt liegt sehr deutlich bei den 50- bis 65-Jährigen mit rd. 40 %, d. h. bei der Gruppe, die in einer Normbiografie die sog. „Rush-Hour des Lebens“ hinter sich hat. Die Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen, die in Ausbildung, Studium oder Berufsanfängerphase sind, umfasst rd. 20 %. Die 36- bis 50-Jährigen, die sich in der Lebensmitte befinden und mit Familiengründung usw. beschäftigt sind, sind mit rd. 28 % vertreten.

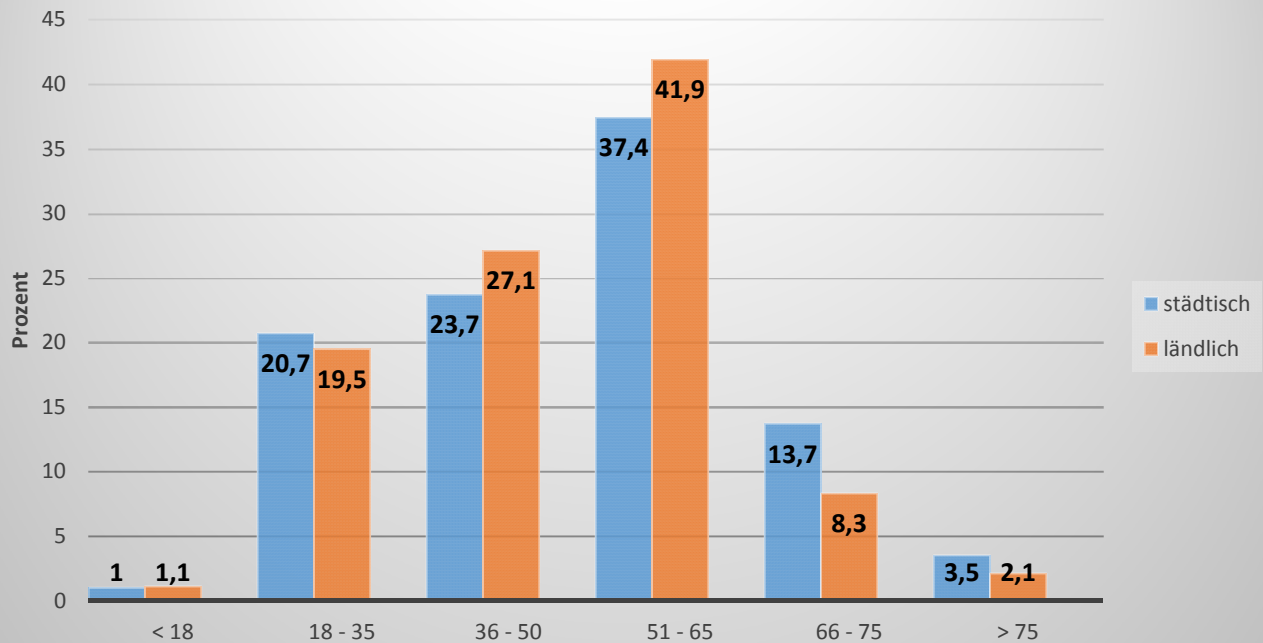
Eine weitere Differenzierung der Altersstruktur nach städtischer bzw. ländlicher Wohnumgebung ist in Abb. 3 dargestellt. Die dort erkennbaren Unterschiede in den einzelnen Alterskohorten befinden sich in einem für den Umfang dieser Grundgesamtheit normalen Toleranzbereich. Lediglich im oberen Bereich über 66 Jahre überwiegt der städtische Bereich mit 17,2 % relativ deutlich gegenüber dem ländlichen Bereich mit 10,4 %. Allerdings deuten die Werte gerade im beruflich „aktiven“ Alter von 36 bis 65 Jahren mit 69 % ländlich gegenüber rd. 61 % städtisch auf einen signifikant unterschiedlichen Einkommensstatus hin (vgl. hierzu die Aussagen zu Abb. 8).

Hinweis: Eine analoge Auswertung der Altersstruktur nach Migrationshintergrund steht noch aus.

⁴ Vgl. Wegweiser Kommune, Bertelsmannstudie 2016

Abb. 3: Altersstruktur städtisch/ländlich

Angaben in %: 100 % städtisch = 198 Frauen, 100 % ländlich = 384 Frauen



3. Familienstand

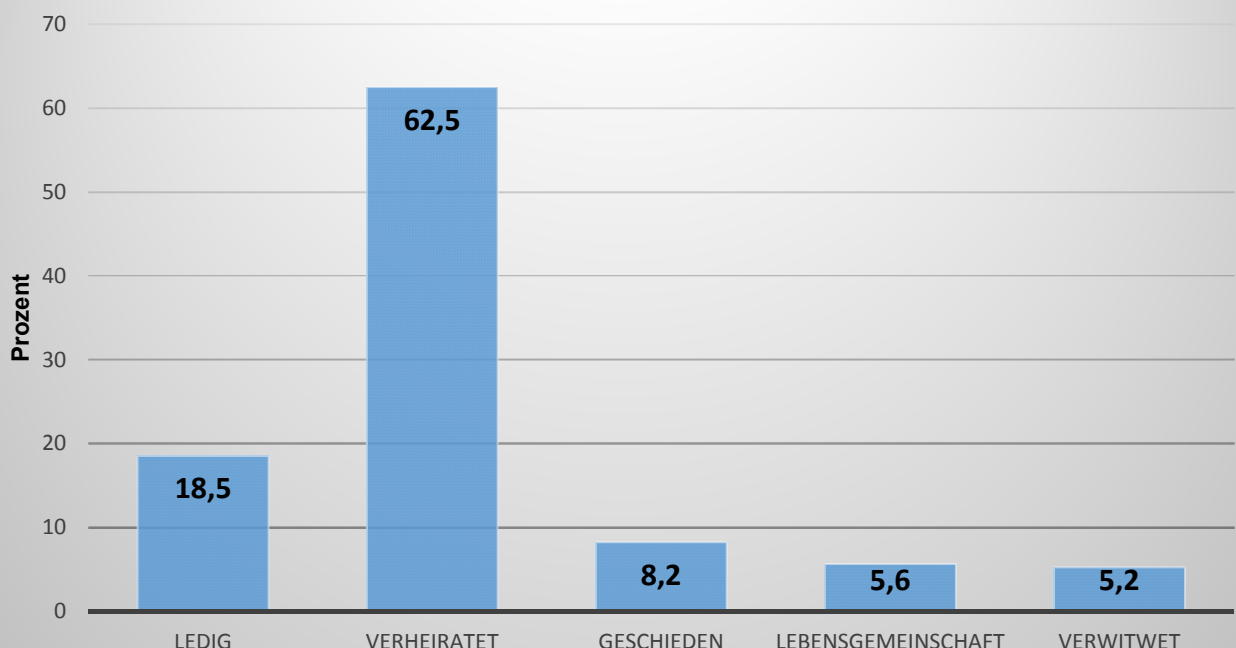
Ganz überwiegend leben die befragten Frauen im Ehestand; bezieht man die Lebensgemeinschaften mit ein, befinden sich 68 % in einer Ehe oder Lebensgemeinschaft (vgl. Abb. 4). Der Anteil der Ledigen liegt mit 18,5 % etwas unter dem bundesdeutschen Durchschnitt (22 %).

Über Jahrzehnte hinweg war das typische Bild von Alleinstehenden die ältere verwitwete Frau. Bis heute hat sich dieses entscheidend verändert: Zwar gibt es noch immer eine größere Gruppe alleinstehender verwitweter (älterer) Frauen, sie ist aber kaum noch größer als die Gruppe alleinstehender lediger (jüngerer) Frauen.⁵

Hinweis: Eine Darstellung der alleinerziehenden Frauen steht noch aus.

Abb. 4: Familienstand

Angaben in Prozent in %: 100 % = 649 Frauen = 93,0 % der GG



4. Bildung

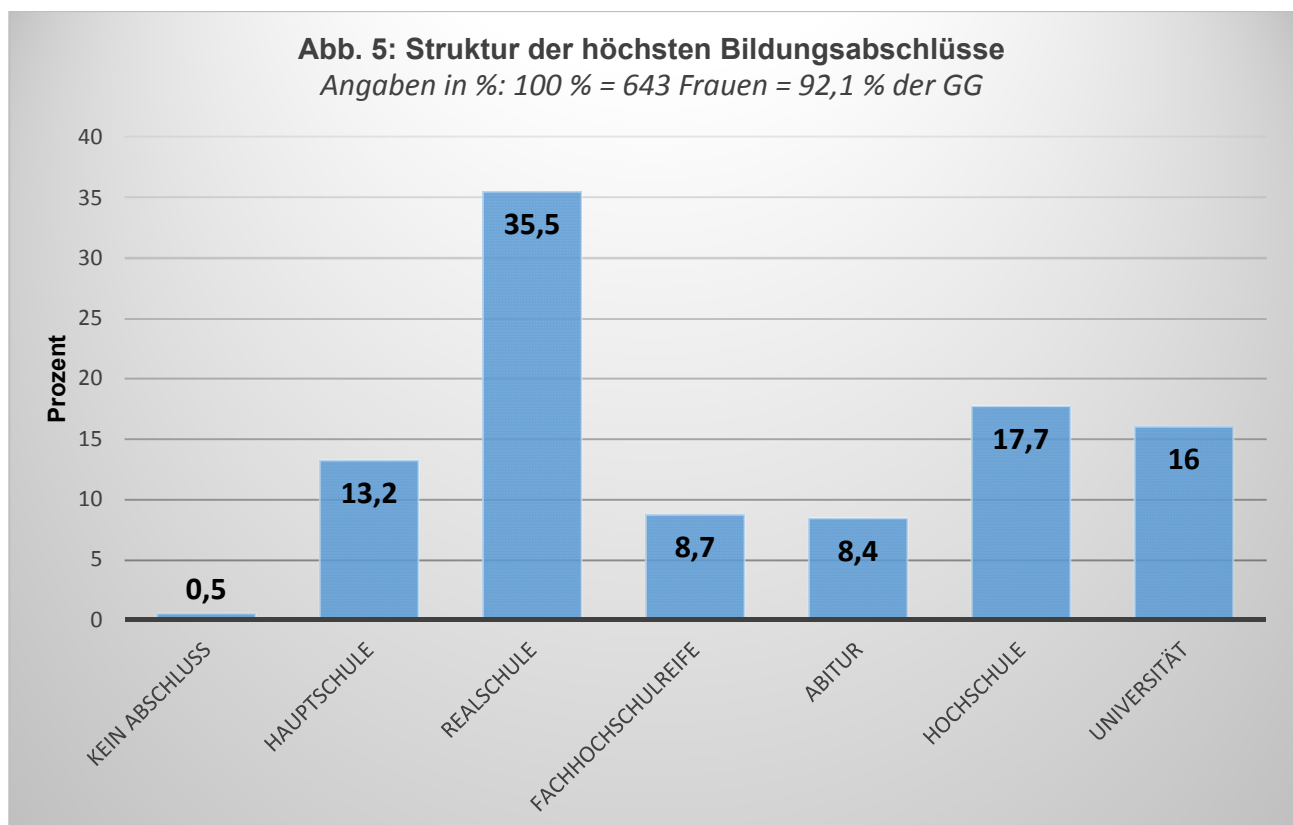
Bildung ist eine der zentralen Kategorien, die zur Begründung sozio-ökonomischer Phänomene herangezogen werden können. Was den Geschlechtervergleich auf diesem Gebiet angeht, sind die Frauen bei den höherwertigen Schul-/Bildungsabschlüssen quantitativ stärker vertreten, sie haben auch die besseren Noten. Diese Feststellung gilt nicht nur für die Gesamtgesellschaft, sie gilt auch innerfamiliär. Es ist hinreichend bekannt, dass diese „Überlegenheit“ in der anschließenden Berufsbiografie keine adäquate Fortsetzung findet. Auch wenn im Folgenden ausschließlich Frauen Gegenstand der Analyse sind, muss dieses Phänomen immer mitgedacht werden.

Bei der Interpretation der in Abb. 5 dargestellten Zahlen ist zunächst zu berücksichtigen, dass sich noch rd. 20 % der befragten Frauen altersbedingt in Ausbildung befinden können, so dass sie individuell im Einzelfall ihren höchsten Bildungsabschluss noch nicht erreicht haben (können). Tendenziell darf man für die Zukunft mit einem höheren Anteil an höherwertigen Bildungsabschlüssen rechnen.

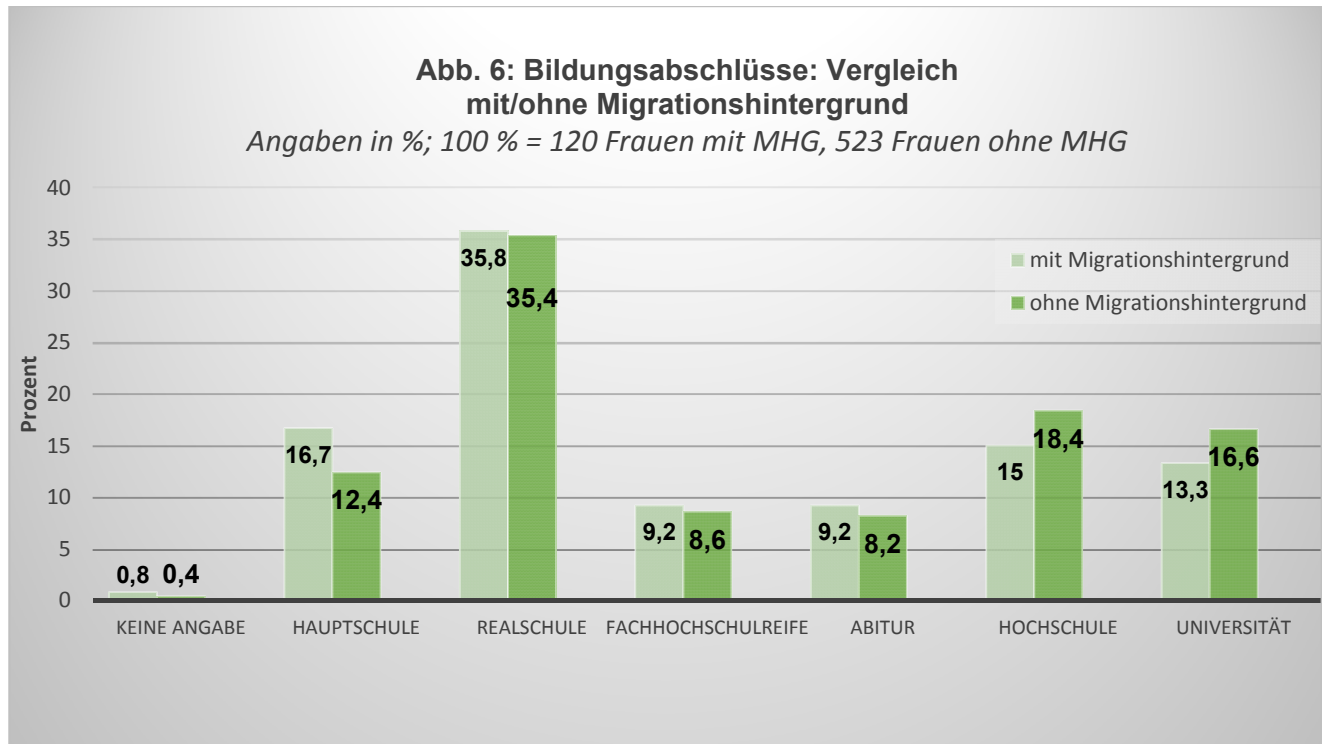
Ein anderer wesentlicher Aspekt besteht darin, dass aufgrund der Altersstruktur unserer Stichprobe viele Veränderungen in der gesellschaftlichen Bewertung schulischer Bildung, insbesondere in der hauptsächlich relevanten Phase der über 50-Jährigen, erst in Ansatzpunkten sichtbar waren. So darf man eine Abiturientenquote von 8,6 % nicht mit heutigen Maßstäben beurteilen. Ein Hauptschulabschluss war der übliche Einstieg in die duale Berufsausbildung und hatte einen entsprechend hohen Stellenwert.

Hinweis: Eine spätere Vertiefung der Analyse durch Differenzierung der höchsten Bildungsabschlüsse nach Alterskohorten würde hier viele wichtige Erkenntnisse bringen.

Zunächst aber kann festgestellt werden, dass in unserer Stichprobe die Schulkarriere ohne jeden Abschluss praktisch keine Rolle spielt. Die Hauptschule hat noch eine gewisse Bedeutung. Anteilsmäßig häufigster höchster Bildungsabschluss ist der der Realschule mit 35,5 %. Angesichts des oben Gesagten dürfte die Quote von rd. 34 % Hochschul- und Universitätsabschlüssen im Durchschnittsrahmen in Deutschland liegen.



Wie aus Abb. 6 ersichtlich unterscheiden sich die Strukturen der höchsten Bildungsabschlüsse zwischen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund nicht signifikant, wobei die Fallzahlen für Erstere z. T. sehr klein sind. Ein bildungsmäßiger Rückstand der Frauen mit Migrationshintergrund ist nicht feststellbar.



Hinweis: Hier wäre eine Aufteilung Stadt und Land sinnvoll.

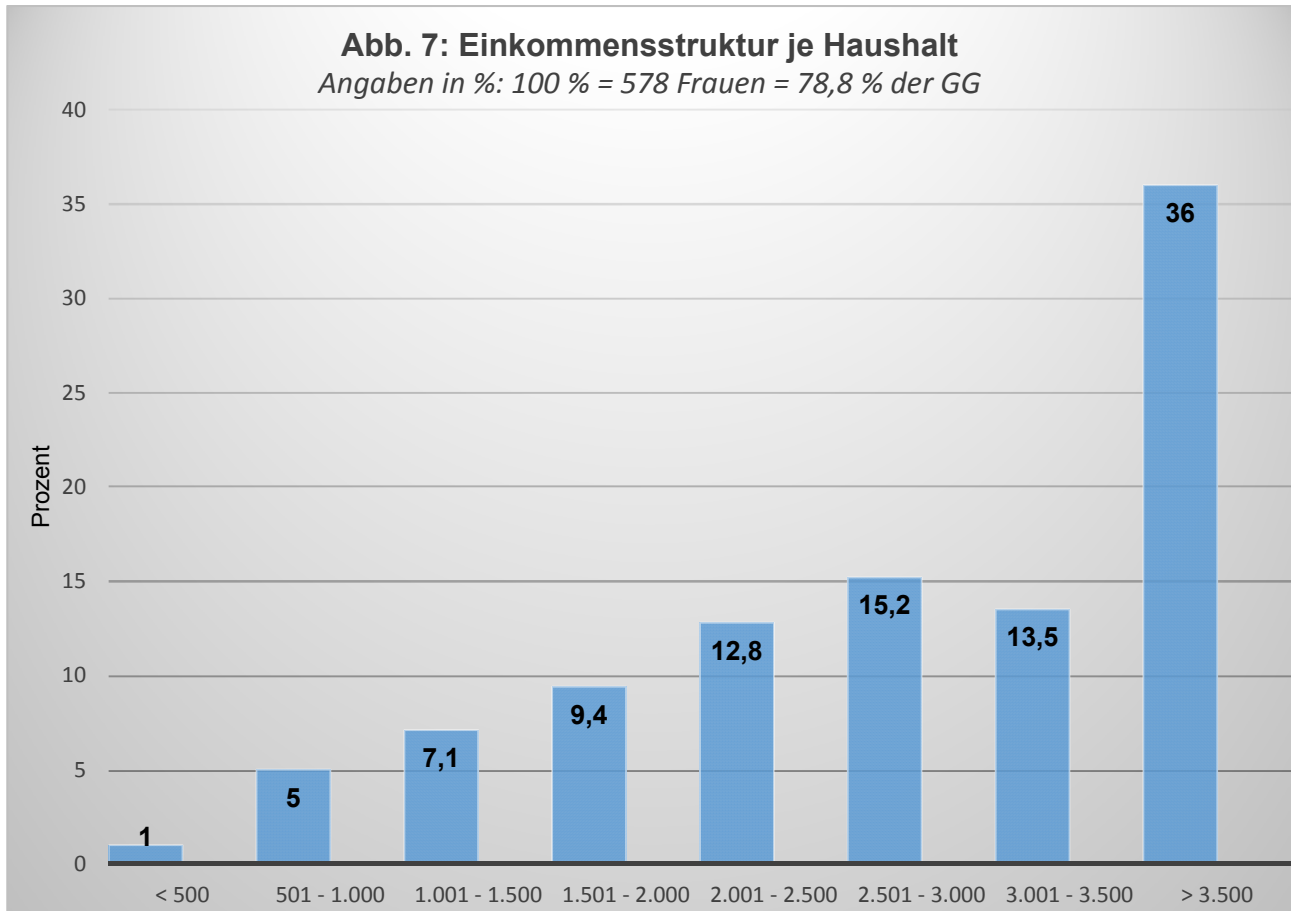
5. Einkommen je Haushalt

Das (Netto-)Einkommen je Haushalt ist ein wesentliches Indiz für die finanzielle Ausstattung der befragten Frauen bzw. ihrer Familien in Verbindung mit der jeweiligen Haushaltsgröße. Dabei muss berücksichtigt werden, dass rund 68 % der befragten Frauen in einer Partnerschaft leben, bei der i. d. R. der männliche Partner den wesentlichen Anteil zum Haushaltseinkommen beiträgt. Alters-, Erwerbs- und Bildungsstruktur der Frauen und vor allem der Partner sind die wesentlichen persönlichen Einflussfaktoren.

Wie Abb. 7 zeigt, beträgt das Haushalts-Nettoeinkommen bei der Hälfte der befragten Frauen über 3.000 Euro im Monat, bei knapp über einem Drittel über 3.500 Euro im Monat; unter 2.000 Euro im Monat verfügen nur rd. ein Fünftel der Haushalte. Diese Werte erscheinen auf den ersten Blick sehr hoch – deutlich über dem Bundeslevel.

Zur Einordnung und Plausibilisierung dieser Werte wurde eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2018 zum Erwerbsstatus von Frauen in Deutschland im Jahr 2018 herangezogen. Darin zeigen sich im Vergleich zur Befragungsgruppe (vgl. hierzu Abb. 9) signifikante Unterschiede. Der gravierendste bezieht sich auf den Anteil der „Nicht-Erwerbstätigen“ und Erwerbslosen, in der Terminologie dieser Befragung also der Hausfrauen und Rentnerinnen. Der bundesdeutsche Anteil für diese Gruppe beträgt demnach 28,3 %, der Anteil in der vorliegenden Befragung dagegen nur 21,9 %. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten beträgt bundesweit 34,1 %, also nur unwesentlich mehr als die 33,7 % in unserer Befragungsgruppe. Während aber der Trennungsstrich zwischen Voll- und Teilzeit in unserer Befragungsgruppe nach dem Alltagsverständnis bei 45 Arbeitsstunden in der Woche verlaufen dürfte, verläuft er bei der

Hans-Böckler-Studie entsprechend der ILO (International Labor Organisation)-Definition bei 31 Arbeitsstunden im Monat. Aus beiden Effekten geht hervor, dass das Beschäftigungsvolumen unserer Befragungsgruppe signifikant über dem bundesdeutschen Durchschnittslevel liegen dürfte und ein Grund für die hohen Einkommenswerte darstellt.



Hinweis: Eine Differenzierung der Einkommen nach Altersstufen ist bei einer Vertiefungsphase dringend zu empfehlen, ebenso wie die Aufschlüsselung nach Einkommen je Person im Haushalt.

Bei der Aufschlüsselung der Einkommensstruktur nach städtisch/ländlich (vgl. Abb. 8) wird deutlich, dass die im ländlichen Umfeld wohnenden Frauen bzw. Haushalte im Vorteil sind. Während sich in den mittleren Einkommensgruppen von 1.501 bis 3.000 Euro keine nennenswerten Unterschiede feststellen lassen (kumuliert 37,4 % städtisch gegenüber 38,0 % ländlich), sind die beiden Gruppen 501 bis 1.000 und von 1.001 bis 1.500 Euro im städtischen Bereich doppelt so stark vertreten wie im ländlichen Bereich. Insbesondere aber stehen in den beiden oberen Gruppen über 3.001 Euro dem ländlichen Bereich mit 52 % nur 42,4 % im städtischen Bereich gegenüber. Ein wesentlicher Grund hierfür könnte darin zu suchen sein, dass die befragten Frauen aus dem ländlichen Bereich in deutlich höherem Umfang im beruflich „aktiven“ Alter von 36 bis 65 Jahren vertreten sind (vgl. hierzu Abb. 3) – unter der plausiblen Annahme, dass sich die Altersstruktur der – überwiegend männlichen – Partner analog darstellt.

**Abb. 8: Einkommensstruktur je Haushalt
städtisch/ländlich**

Angaben in %: 100 % = 321 Frauen (Land) bzw. 184 Frauen (Stadt)

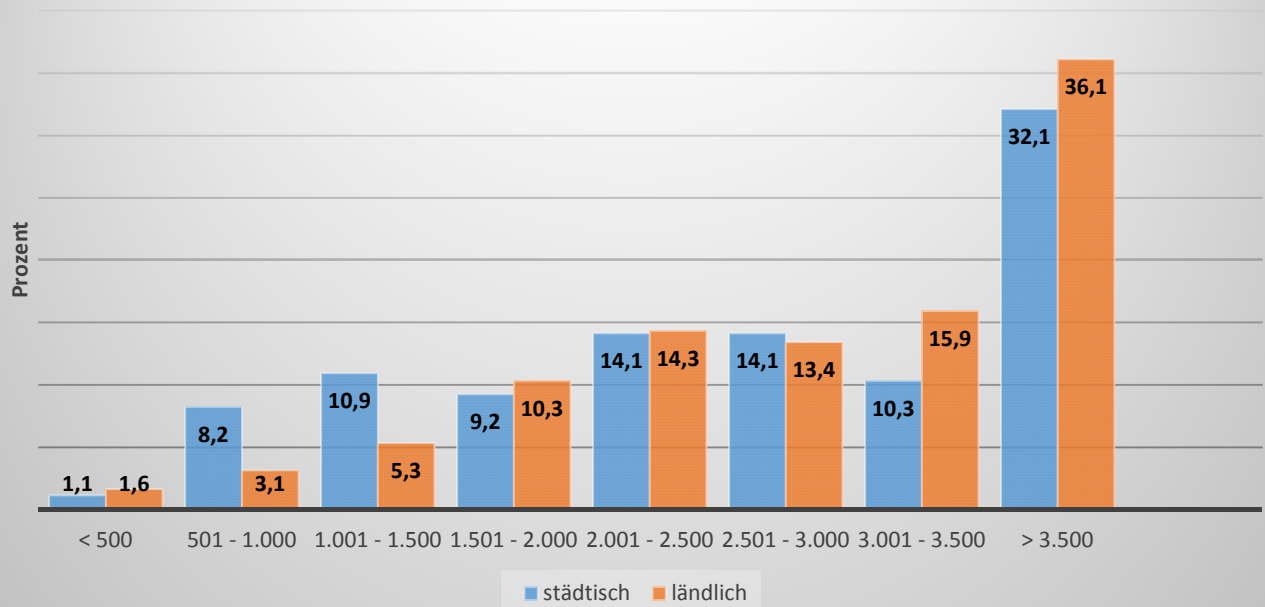
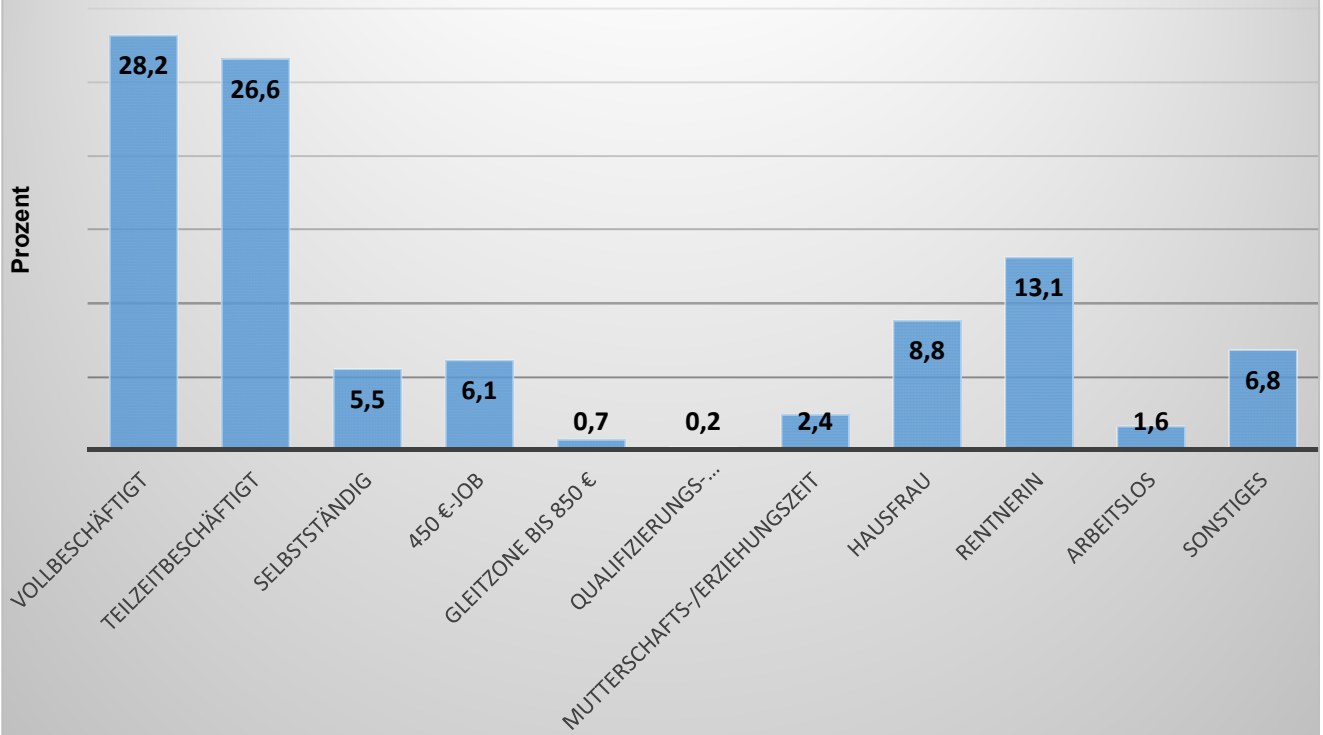


Abb. 9: Erwerbsstatus

Angaben in %: 100 % = 673 Frauen = 96,4 % der GG



6. Erwerbsstatus

Der Erwerbsstatus ist eine der grundlegenden Kategorien, die einen entscheidenden Einfluss auf den ökonomischen, aber auch den sozialen Status einer Person ausüben. Er liegt in unterschiedlichem Umfang nicht in der Entscheidungsgewalt des Einzelnen, weshalb im Rahmen dieser Studie auch vertiefende Fragen zur Zufriedenheit mit dem Status quo erfasst wurden; und er unterliegt im Laufe eines Erwerbslebens gewollten, aber auch ungewollten Veränderungen. Im Zuge sozialpolitischer Zielsetzungen ist er inzwischen stark ausdifferenziert.

60 % der befragten Frauen befinden sich in einem landläufig als „**Normalarbeitsverhältnis**“⁶ bezeichneten Erwerbsstatus als abhängig Beschäftigte in Voll- oder Teilzeit oder als Selbständige. In dieser Erwerbskategorie liegt die Teilzeitquote geringfügig unter der Vollzeitquote. Dies entspricht den bundesdeutschen Verhältnissen für das Jahr 2017⁷. Für den Ostalbkreis erklärt sich dieses Verhältnis einerseits aus dem hohen Anteil an Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe mit ihren höheren Vollzeitanteilen und andererseits aus den stark vertretenen Sozial- und Gesundheitsberufen, in denen traditionell ein hoher Teilzeitanteil besteht.

Setzt man diejenigen in einem solchen „Normalarbeitsverhältnis“ in Bezug zur Gesamtheit derer, die dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen – also ohne Berücksichtigung der Hausfrauen, Rentnerinnen sowie den Frauen in Qualifizierungsmaßnahmen oder Mutterschaftsurlaub/Familienzeit –, dann erhöht sich ihr Anteil auf rd. 80 %.

Nicht unerwähnt bleiben sollten in unserer Region die Tätigkeiten von **Frauen in der Landwirtschaft**. Wie wir aus anderen Quellen wissen, haben viele der hier tätigen Frauen zusätzlich noch eine Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft. Dieses Einkommen leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesamteinkommenssituation von landwirtschaftlichen Betrieben und hier besonders für kleinere Haupterwerbsbetriebe, es schützt die Frauen auch vor Altersarmut.⁸ Der Familienverband spielt eine wichtige Rolle bei der Betreuung von pflegebedürftigen (Schwieger-)Eltern. Es waren und sind die Frauen, die diese wichtige Aufgabe übernehmen.⁹

Eine belastbare Einordnung des Anteils der sog. „**Minijobs**“ (450 Euro-Jobs sowie Gleitzone bis 850 Euro) kann auf Basis der vorliegenden Datengrundlage nicht vorgenommen werden, da das üblicherweise verwendete Vergleichsmerkmal „sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ nicht erfasst wurde; die in Abb. 9 angegebene Quote von rd. 7 % (6,1 % 450 Euro-Job, 0,7 % Gleitzone) bezieht sich auf die Gesamtzahl der Befragten.

Mehrere Gründe spielen für diese Form der Berufstätigkeit eine Rolle: zum einen die überwiegende Zuständigkeit der Frauen für Haushalt und Familie und damit verbunden geringere zeitliche Spielräume für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit, zum anderen die schlechtere berufliche Qualifikation, die dazu führt, dass sie oft nur im Rahmen von 450-€-Jobs eine Anstellung finden. Aber auch eine eingeschränkte Mobilität, die Frauen nur im Umkreis der Wohnung eine Arbeit gestattet.

Unter den 6,8 % „Sonstiges“ sind sehr unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse subsummiert: Studium, Mitarbeit im Familienbetrieb, Minijobs als Zuverdienstquelle z. B. bei Rentnerinnen, Zweitjobs neben Voll- oder Teilzeitarbeit u. ä.

Hinweis: Eine Differenzierung eines Erwerbsstatus nach Alter sollte in einer Vertiefungsphase durchgeführt werden.

Als Orientierung liegt zu diesem Thema allerdings vielfältiges statistisches Material vor, das für die Intention dieser Studie auch für den Ostalbkreis verwendet werden kann. Demnach sind in Deutschland ein Viertel der Frauen im Erwerbsalter (17 bis 64 Jahre) nicht erwerbstätig. Unter den jüngeren und den älteren Frauen findet sich ein besonders hoher Anteil an Nichterwerbspersonen. Aber selbst

⁶ Nicht zu verwechseln mit „Normarbeitsverhältnis“, das nach Definition z. B. die Selbstständigkeit nicht enthält.

⁷ Datenquelle Statistik BA

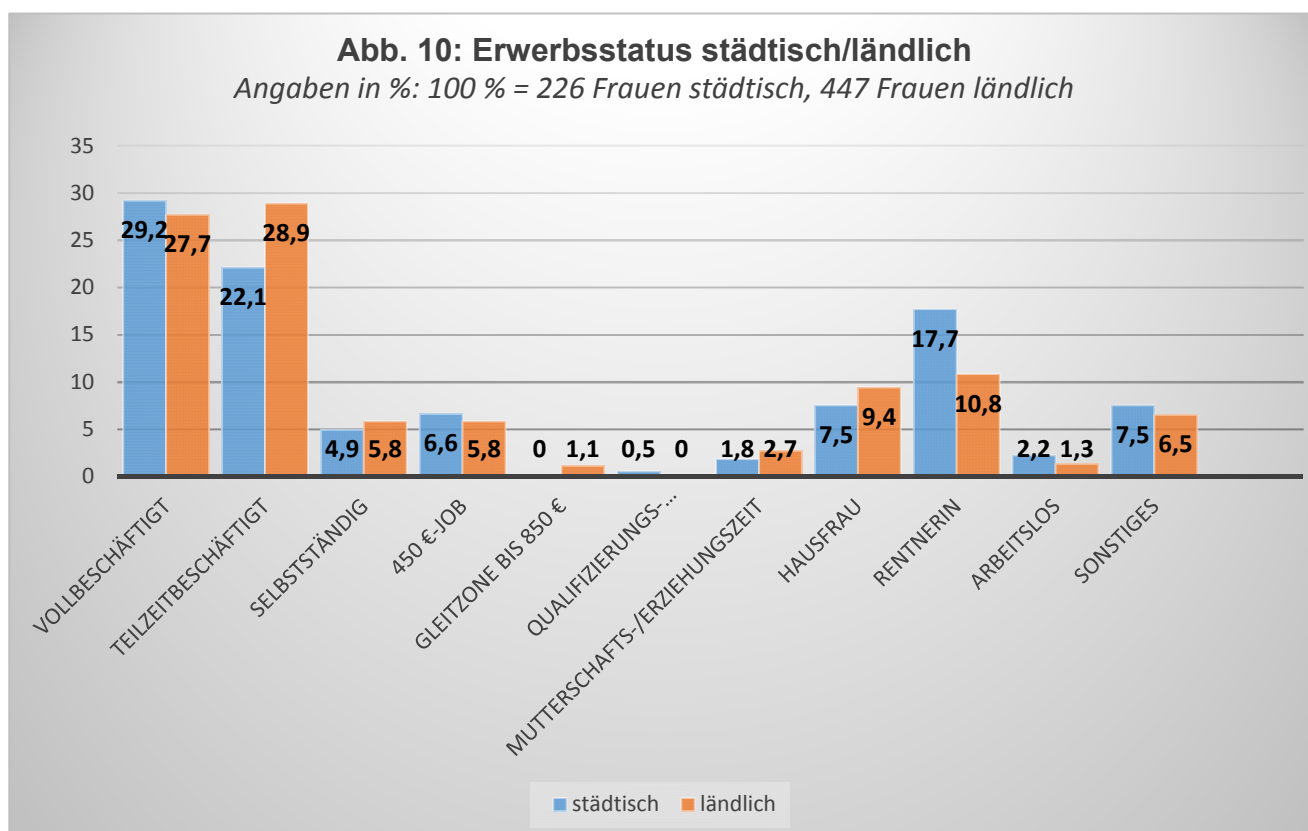
⁸ Studie zur Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in der Landwirtschaft, Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie der Universität Freiburg

⁹ Jede Dritte der befragten Frauen gab an, dass sich ihr Partner nie an der Hausarbeit beteiligt.

in der mittleren Altersphase zwischen Ende 20 und Mitte 50 ist jede fünfte bis sechste Frau nicht erwerbstätig.¹⁰

Diese enge Kopplung zwischen Lebensalter und Erwerbsstatus und die dabei in Deutschland festzustellenden extremen Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind deutliche Indizien dafür, dass im Mittelpunkt des *männlichen Normallebenslaufs* (immer noch) die Erwerbsarbeit steht, während der *weibliche Normallebenslauf* vom Nebeneinander von Familienarbeit und (Teilzeit-)Erwerbstätigkeit geprägt ist. Die Teilhabe am Erwerbsleben von Frauen hängt stark davon ab, ob sie Kinder haben und wie alt diese sind: Mit zunehmendem Alter der Kinder steigt zwar die Erwerbsbeteiligung der Mütter, der Großteil von ihnen kehrt aber nicht wieder in eine Vollzeittätigkeit zurück, sondern bleibt auch im weiteren Lebensverlauf teilzeitbeschäftigt. Der Hauptgrund für die Ungleichverteilung der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern ist die Ungleichverteilung der unbezahlten Arbeit: Dies gilt besonders für den Bereich der Fürsorgearbeit (Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen), für den teilzeitbeschäftigte Frauen im Durchschnitt pro Tag dreimal so viel Zeit aufwenden wie vollzeitbeschäftigte Männer. Das gleichstellungspolitische Ziel einer gerechteren Aufteilung der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern kann daher – abseits aller gesetzlichen Regelungen – nur erreicht werden, wenn auch die unbezahlte Arbeit gerechter zwischen beiden Geschlechtern aufgeteilt wird.

Sozialwissenschaftliche Studien zeigen, dass Frauen, die heute nach längerer familienbedingter Erwerbsunterbrechung in den Arbeitsmarkt zurückkehren, vor allem die eigene finanzielle Alterssicherung und die Existenzsicherung der Familie verbessern wollen. Hinzu kommen als Motive die Stärkung des Selbstwertgefühls und die materielle und emotionale Unabhängigkeit.



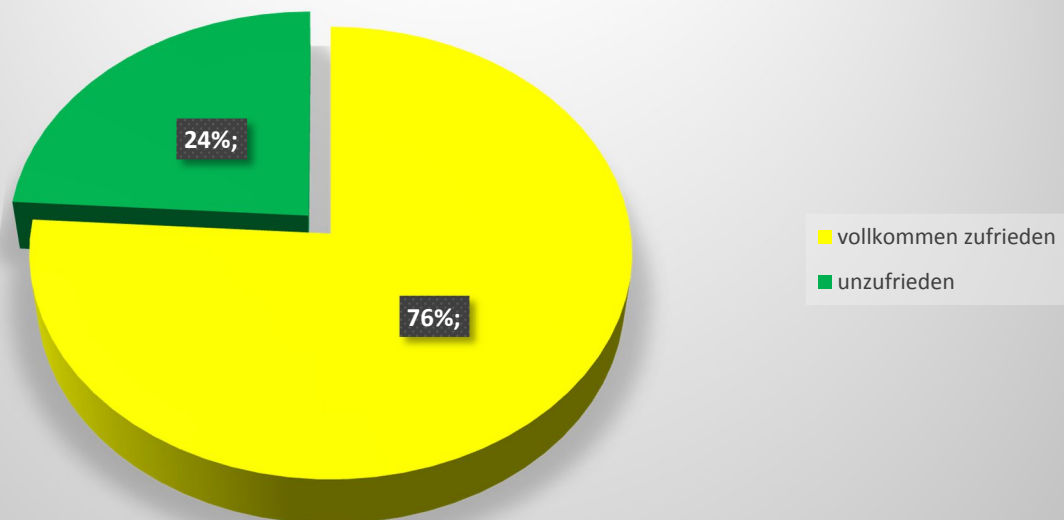
In unserer Befragung zeigen sich bei der Differenzierung des Erwerbsstatus nach dem Wohnumfeld (vgl. Abb. 10) wesentliche Unterschiede gerade bei den zahlenmäßig größten Gruppen dieser Untersuchung: den Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten und den Rentnerinnen. Während im städtischen Bereich die Vollzeitbeschäftigung um 7 Prozentpunkte über dem Teilzeitbereich liegt, liegt im ländlichen Bereich die Teilzeitbeschäftigung höher und übertrifft dort die städtische Strukturkennziffer um 6 Prozentpunkte. Der Grund dürfte wesentlich auf die unterschiedliche Arbeitsplatzstruktur zurückzuführen sein – im städtischen Bereich überwiegt das produzierende Gewerbe, im ländlichen

¹⁰ Hans-Böckler-Stiftung 2015 nach Daten destatis -Mikrozensus

das Dienstleistungsgewerbe. Dass der Anteil der Rentnerinnen im städtischen Bereich deutlich über dem im ländlichen liegt, dürfte überwiegend dem dort höheren Anteil der über 65-jährigen geschuldet sein (vgl. hierzu Abb. 3). In allen übrigen Sektoren sind die Unterschiede städtisch zu ländlich nicht signifikant.

Abb. 11: Zufriedenheit mit derzeitigem Erwerbsstatus

Angaben in %: 100 % = 673 Personen = 96,4 % der GG



Auf die Frage nach der Zufriedenheit mit dem aktuellen Erwerbsstatus äußerten sich drei Viertel der befragten Frauen positiv (siehe Abb. 11). In Verbindung mit der erheblichen Teilzeitorientierung – vgl. hierzu die Erläuterungen zu den Änderungswünschen gem. Abb. 12 – passt dieses Ergebnis zu der traditionellen familiären Arbeitsteilung und dem damit verbundenen gesellschaftlichen Rollenbild. Der Blick auf den demographischen Wandel und dem damit einhergehenden Arbeitskräftemangel, insbesondere aber auf die finanziellen Spielräume z. B. im Rentenalter lässt Zweifel an der Zukunftsfähigkeit dieses Modells aufkommen.

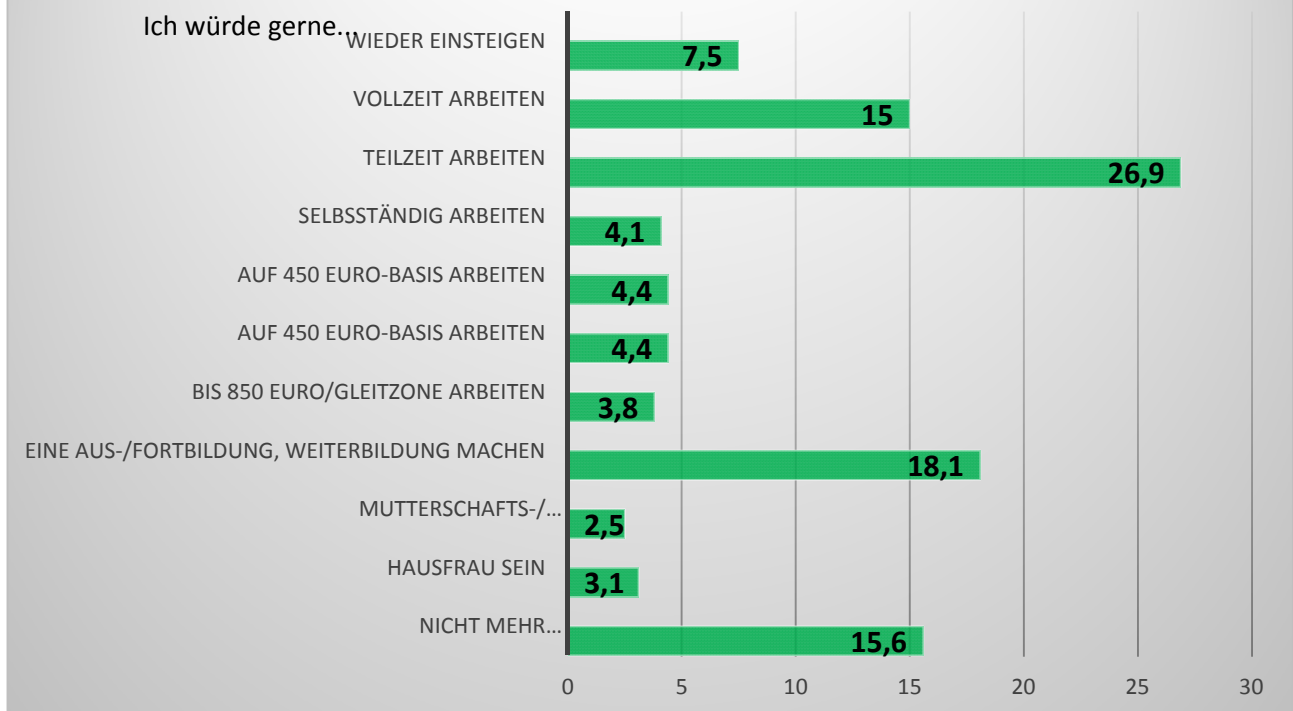
Die Gründe für eine in Teilzeit ausgeübte Haupterwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland im Jahr 2017 sind zur Hälfte in den weit überwiegend auf den Schultern von Frauen ruhenden familiären Verpflichtungen (z. B. Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen) zu suchen.¹¹ Eine sozialpolitisch erwünschte Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen muss an den (limitierenden) Rahmenbedingungen ansetzen. Diese heißen für Frauen vorrangig nach wie vor: Die *alleinige* Schulterung der Familienpflichten.

Der bei einem Viertel der Befragten geäußerte Wunsch nach einem anderen bevorzugten Erwerbsstatus zielt – wie Abb. 12 zeigt – vorrangig nicht auf mehr, sondern auf weniger Erwerbsarbeit. Mehr arbeiten wollen nur wenige Frauen: 7,5 % wollen wieder einsteigen, 15 % möchten auf Vollzeit aufstocken, aber 26,9 % in Teilzeit und 8,2 % in einen Mini- oder Midi-Job wechseln.

Dieser hohe Stellenwert von Teilzeitarbeit kann auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sein: Als Zeichen ökonomisch gesicherter Verhältnisse, die ein volles zweites Einkommen nicht notwendig machen – das sog. Male-Breadwinner-Modell, in dem der Mann als Hauptverdiener den Familienunterhalt sichert. Zudem entspricht es auch dem traditionellen westdeutschen Lebensmodell, bei dem eine externe Vollzeitbetreuung von Kindern oft nicht gewünscht wird, es kann in Teilen auch als ein „sich Fügen in die Gegebenheiten“ interpretiert werden – alles verbunden mit einer gedanklichen Ausklammerung der Risiken im Alter oder z. B. bei einer Scheidung.

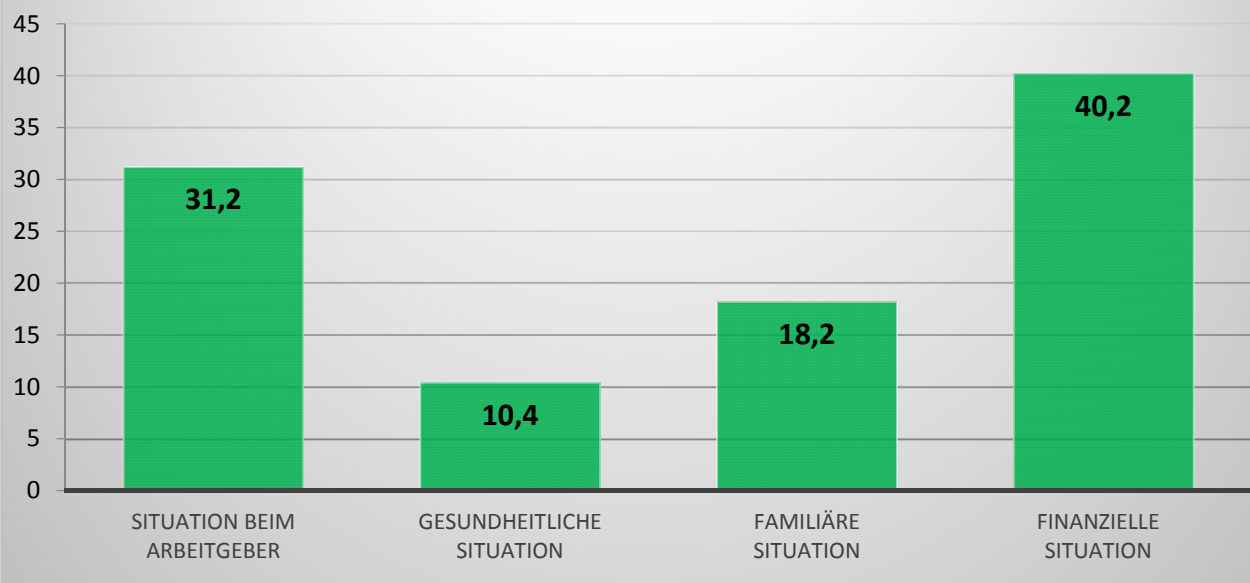
¹¹ Hans-Böckler-Stiftung 2017

Abb. 12: Gründe für die Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Erwerbsstatus
Gesamt 160 Frauen



Hinweis: Für mögliche Schlussfolgerungen politisch Handelnder wäre es wichtig zu wissen, wie hoch z. B. die Zufriedenheitswerte der Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigten sind. Das Gleiche gilt für den Erwerbsstatus nach den verschiedenen Altersgruppen.

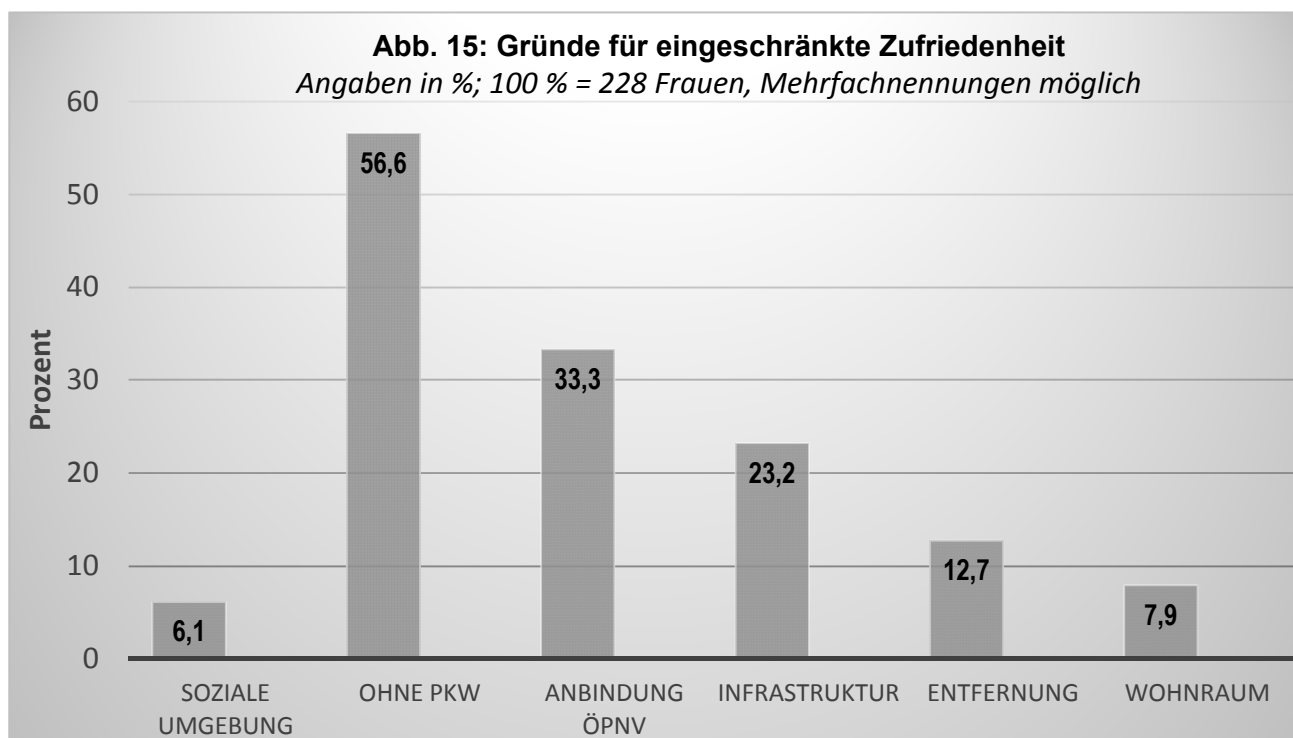
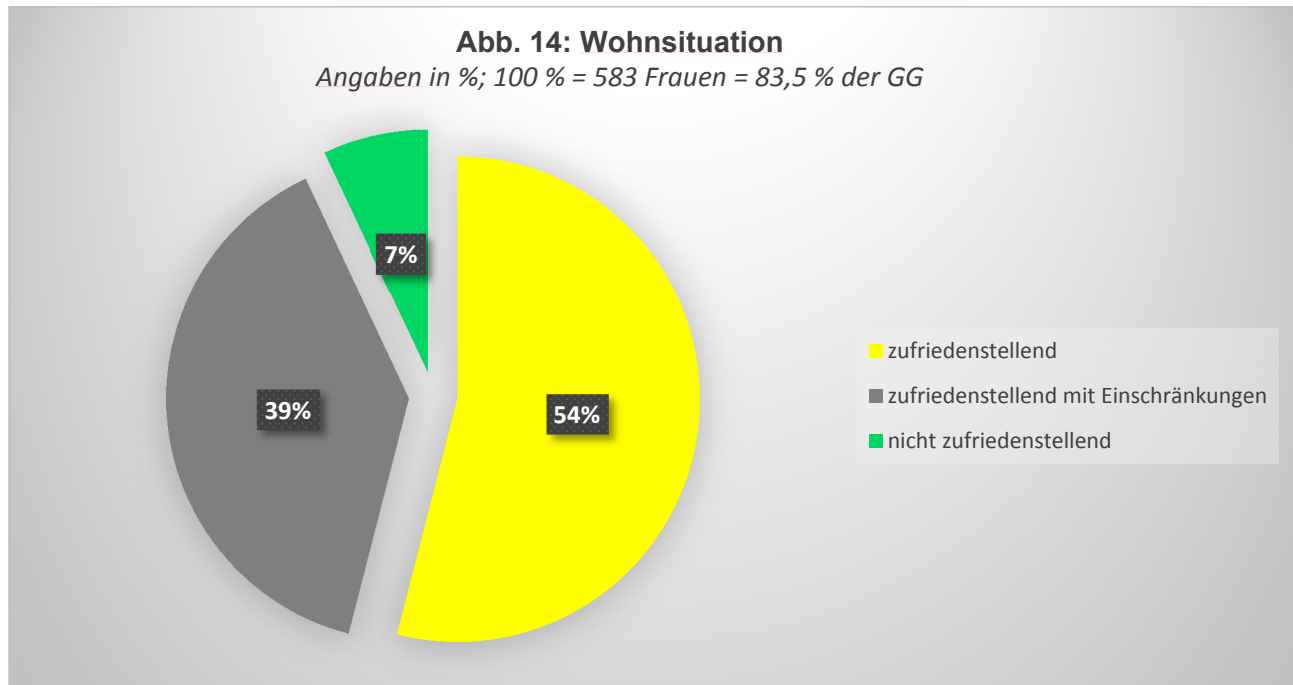
Abb. 13: Hinderungsgründe, den Erwerbsstatus zu ändern
100 % = 77 Frauen



Der wesentliche Grund, warum der gewünschte Erwerbsstatus nicht realisiert wird bzw. werden kann, betrifft mit über 40 % die finanzielle Situation. Diese Begründung macht nur Sinn bei Frauen, die weniger arbeiten wollen. Soweit der Hinderungsgrund in der Situation beim Arbeitgeber liegt, kann der Wunschstatus sowohl bei mehr als auch bei weniger Erwerbsarbeit liegen. Die familiäre Situation außerhalb der finanziellen Gegebenheiten wie die gesundheitliche Situation kann nur daran hindern, mehr zu arbeiten.

7. Wohnsituation

In diesem Kapitel geht es um die persönliche Wohnsituation, ihre soziale Ein- und infrastrukturelle Anbindung. Wie Abb. 14 zu entnehmen ist, ist über die Hälfte (54 %) in dieser Hinsicht ohne Einschränkung zufrieden, 39 % mit Einschränkungen und nur eine kleine Minderheit von 7 % wirklich unzufrieden.

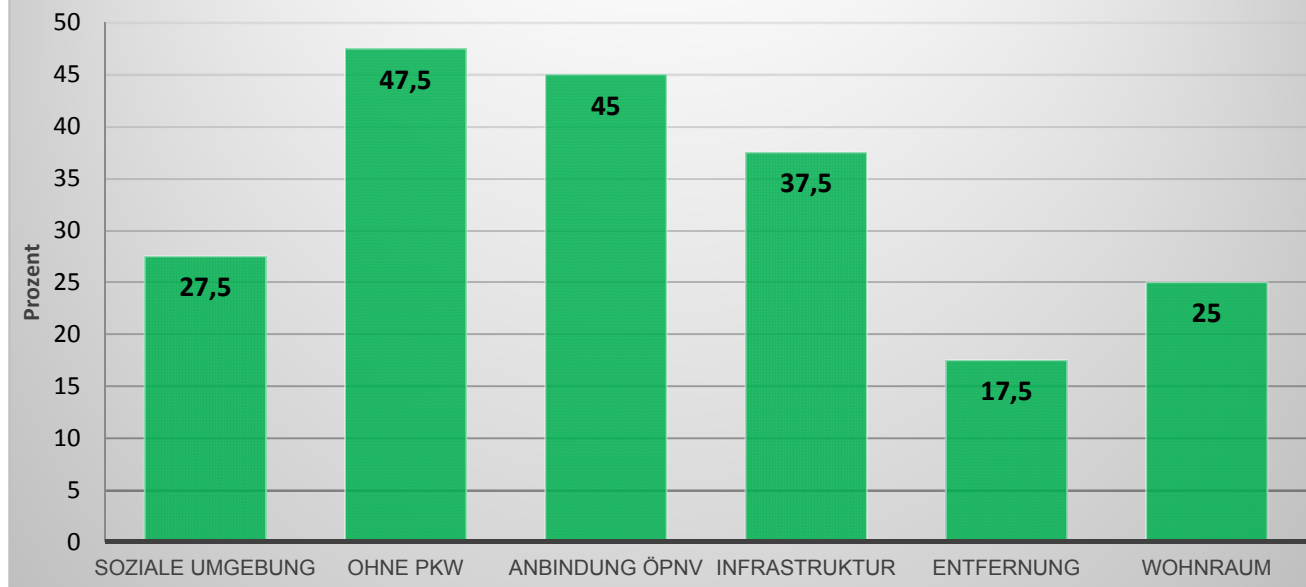


Aus Abb. 15 geht hervor, dass die Einschränkungen einer an sich gegebenen Zufriedenheit dominant in Unzulänglichkeiten der Infrastruktur, insbesondere der verkehrlichen Infrastruktur, zu suchen ist – Unzulänglichkeiten, die auf ein ländliches Umfeld schließen lassen. Zu kleiner Wohnraum oder eine als nicht angenehm empfundene soziale Umgebung spielen eine eher nachrangige Rolle, ebenso eine zu große Entfernung zum Arbeits- oder Studienort.

Letztere Aspekte spielen bei der kleinen Gruppe der sehr Unzufriedenen – unabhängig von ihrer quantitativen Ausprägung – eine bedeutendere Rolle. Die mangelhafte Anbindung an den ÖPNV wird als gravierender angesehen als bei den eingeschränkt Zufriedenen, ebenso die unzureichende Infrastruktur vor Ort. Und schließlich herrscht eine deutlich höhere Unzufriedenheit mit dem zur Verfügung stehenden Wohnraum.

Abb. 16: Wohnsituation - Gründe für uneingeschränkte Unzufriedenheit

Angaben in %: 100 % = 40 Frauen; Mehrfachnennungen möglich



Insgesamt ist ersichtlich, dass die Ausstattung mit Angeboten des täglichen Bedarfs Wünsche offen lässt. Für einige dieser Unzulänglichkeiten sind – insbesondere durch ein inzwischen geschärftes Bewusstsein in der Gesellschaft wie in der Politik – Verbesserungen in der Zukunft zu erwarten, allerdings vorrangig in den städtischen Bereichen, während im ländlichen Bereich – z. B. bei der ärztlichen Versorgung oder den Einkaufsmöglichkeiten – z. T. deutliche Verschlechterungen zu erwarten sind.

Im Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der derzeitigen Wohnsituation und der aktuellen Diskussion um bezahlbaren Wohnraum wurde auch die Frage gestellt, inwieweit man sich vorstellen kann, in eine kleinere Wohnung oder eine andere Wohnform – z. B. Mehrgenerationenhaus oder Senioren-WG - umzuziehen, wenn man 50 Jahre oder älter ist und allein oder zu zweit lebt.

Von den derzeit unter 50-Jährigen kann sich das nur ein knappes Drittel vorstellen, zwei Drittel sagen nein (vgl. Abb. 17). Vor dem Hintergrund der Situation dieser Personengruppe – Hausbau, Familiengründung, hohe Abzahlungen für das Haus, Aufbau sozialer Beziehungen – kann dieses Ergebnis nicht wirklich überraschen. Bei den derzeit schon über 50-Jährigen sagen immerhin 45 % ja und „nur“ 55 % nein (vgl. Abb. 18). In beiden Altersgruppen steht die Mehrheit einem solchen Ansinnen also negativ gegenüber. Bei der Wertung der positiven Einschätzungen zukünftiger Entscheidungen muss man zudem bedenken, dass nicht nur der zeitliche Vorlauf für die Entscheidungssituation sowie die emotionale Bindung zu und die Zufriedenheit mit der derzeitigen Wohnsituation individuell sehr unterschiedlich sind, sondern auch die Ansprüche an und die Vorstellungen über die (fiktive) neue Wohnsituation. Insofern darf man insbesondere die Anzahl der positiven Antworten nicht überbewerten. Sie sind dennoch bemerkenswert, da sie u. E. das Nachdenken über das aktuelle Thema des bezahlbaren Wohnraums zum Ausdruck bringen.

Im Allgemeinen müsste diese Möglichkeit vermehrt in den Vordergrund gerückt bzw. beworben werden, da die Hemmschwelle offensichtlich sehr hoch ist. Der Ostalbkreis hat sieben Senioren-WGs, elf weitere sind geplant. Ob Senioren-WG als Alternative zur ambulanten und ggf. stationären Pflege oder generationenübergreifendes Netzwerk im Mehrgenerationenhaus – beides sind Optionen, die

insbesondere auch den Frauen kleinerer Kommunen im ländlichen Raum, ob als Pflegende oder Pflegebedürftige, den Raum geben, die eigene Situation selbstbestimmt zu meistern. Der Landkreis wird diese Wohnform bei Bedarf finanziell unterstützen.

Abb. 17: Wechsel in andere Wohnform denkbar?

*Teilnehmerinnen < 50 Jahre,
Angaben in %; 100 % = 179 Frauen*

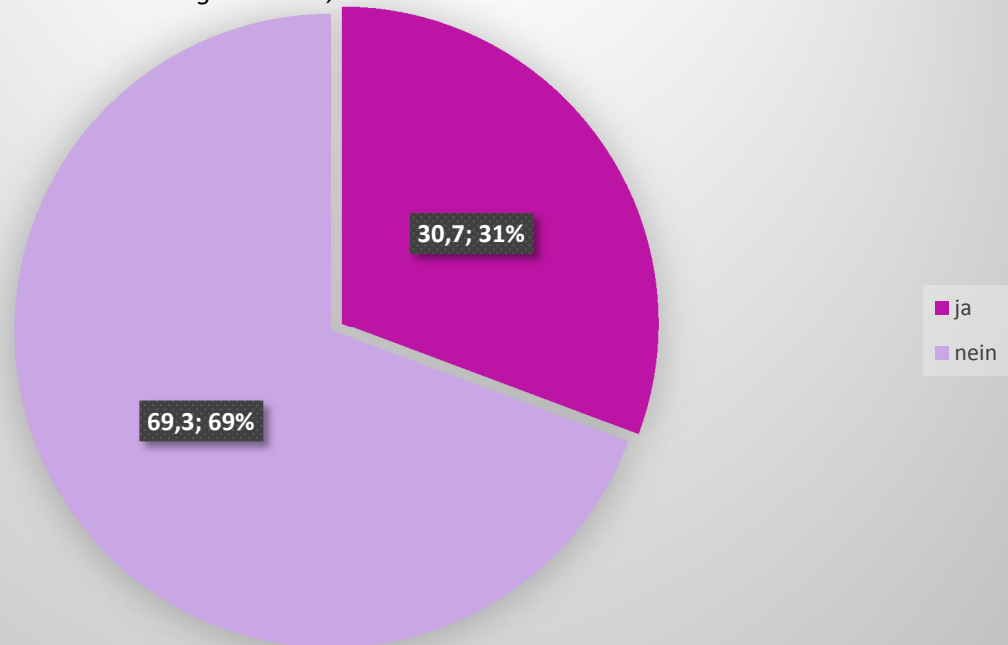
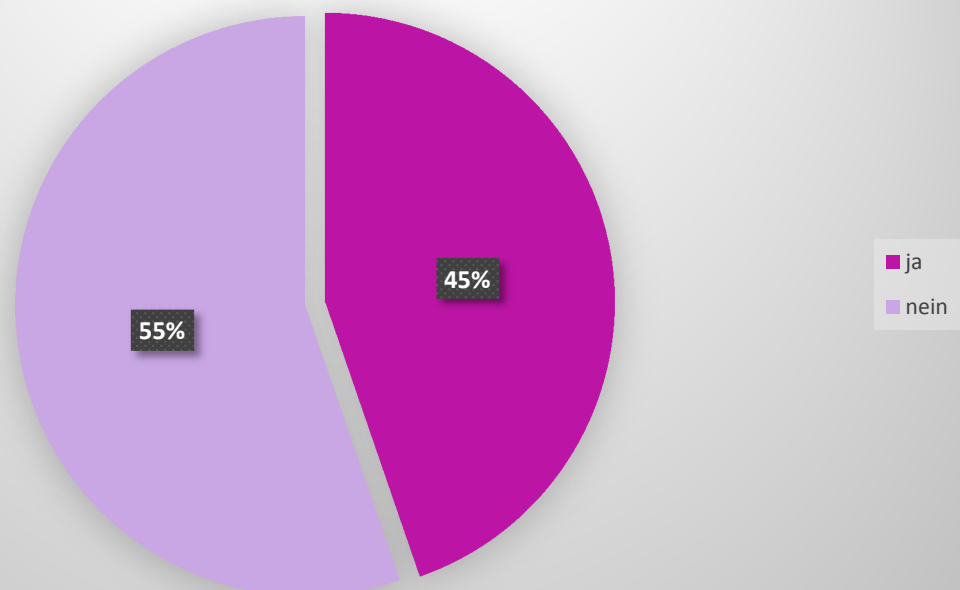


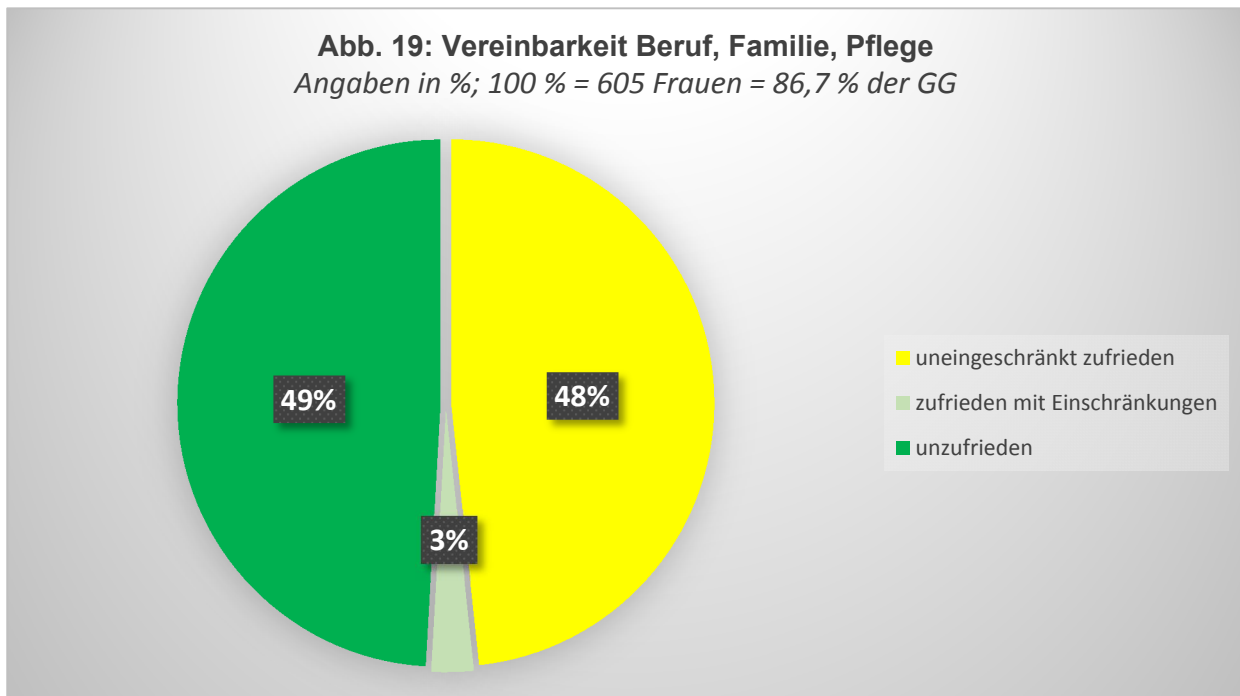
Abb. 18: Wechsel in andere Wohnform denkbar?

*Teilnehmerinnen > 50 Jahre
Angaben in %; 100 % = 309 Frauen*



8. Vereinbarkeit Beruf, Familie, Pflege

Lebensstile und Rollenmuster unterliegen einem dynamischen Wandel. Frauen und Männer wollen heute selbstbestimmt arbeiten. Sie wollen berufliche und familiäre Aufgaben vereinbaren. Sie wollen persönlichen Interessen nachgehen. Mit der Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege sind jeweils etwa die Hälfte zufrieden bzw. unzufrieden (vgl. Abb. 19). Der Grad der Zufriedenheit muss jedoch dahingehend relativiert werden, dass von den erwerbstätigen Frauen dieser Befragung – also ohne Einberechnung der Hausfrauen und Rentnerinnen, für die diese Frage in ihrer aktuellen Situation nur eine theoretische Relevanz hat – ein gutes Drittel (34,1 %) einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, bei der die Vereinbarkeit grundsätzlich leichter zu realisieren ist. Die Vermutung ist naheliegend, dass die Zufriedenheit unter den Bedingungen der Vollzeitbeschäftigung entsprechend niedriger liegen würde.



Wie Abb. 20 zeigt beeinträchtigen für die Hälfte der Befragten noch eine Vielzahl an Unzulänglichkeiten die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege. An oberster Stelle steht dabei die vorschulische Bildung. Bei fehlenden Ganztagesplätzen kann eine Erwerbsarbeit nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Als Bremse werden demnach vor allem die wenig flexiblen Zeiten bei der Kinderbetreuung, aber auch die nicht ausreichenden Angebote der Seniorenbetreuung wahrgenommen; Einrichtungen der Tagespflege und -betreuung sind noch deutlich weniger verbreitet als Kindertagesstätten. Die ärztliche Versorgung und mangelnde Einkaufsmöglichkeiten sind weitere Kritikpunkte, vor allem im ländlichen Bereich. Daneben spielt offenbar die mangelnde Flexibilität der Arbeitgeber bei der Arbeitszeitgestaltung eine erhebliche Rolle.

Die derzeitige Dramaturgie führt in eine Sackgasse: Eine (erwünschte) hohe Erwerbsneigung von Frauen bei geringer infrastruktureller Unterstützung in Form von (Ganztages-)Kinderbetreuung lässt viele ihren Kinderwunsch zurückstellen, reduzieren oder ganz unterdrücken. Junge Mütter stellen ihrerseits ihre Erwerbswünsche zurück, um die Kinder betreuen zu können. Im Ergebnis fehlen dann sowohl Kinder als auch Arbeitskräfte.

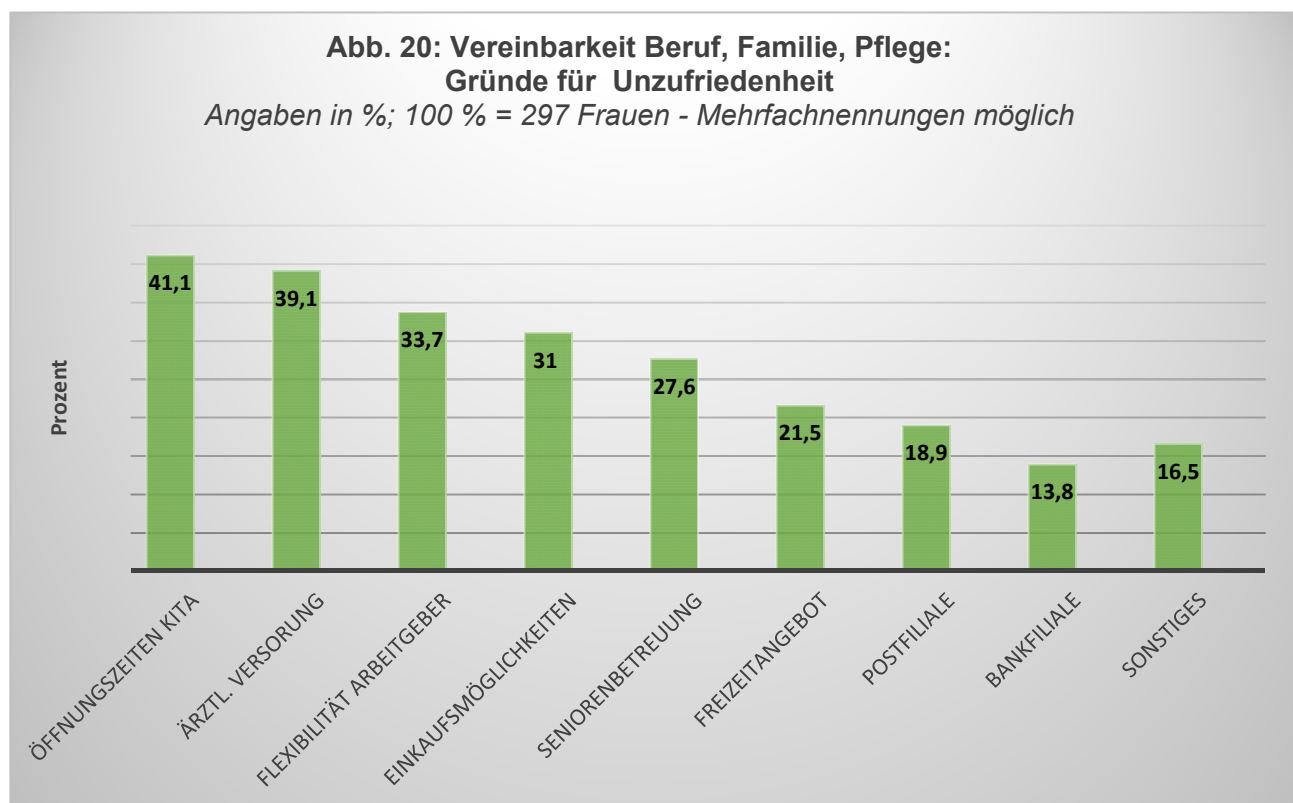
In der öffentlichen Debatte steht derzeit vor allem noch die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung im Vordergrund. Angesichts der demographischen Verschiebungen (weitere Alterung der Gesellschaft bei gleichzeitigem Geburtenrückgang) wird in den kommenden Jahren die (unzureichende) Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eine deutlich stärkere Rolle spielen.

Obwohl Alterung bei immer besserer Gesundheit stattfindet, bedeutet dies doch meist einen höheren Pflegebedarf in den letzten Lebensjahren. Unabhängig von den Kosten stellt sich im Hinblick auf sinkende Geburtenzahlen, instabile Familienkonstellationen sowie erwerbstätiger Töchter und Schwiegertöchter die Frage, wer die Pflege übernehmen soll.

Die potentiell Pflegebedürftigen äußern sich widersprüchlich. So geben lt. einer Studie des Marktforschungsunternehmens TNS Infratest aus dem Jahr 2012 47 % der Deutschen an, dass sie „große Angst“ vor Pflegebedürftigkeit haben. Im Falle der eigenen Pflegebedürftigkeit wäre es 84 % von ihnen wichtig, möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung wohnen zu können. In ein Pflegeheim wollen 73 % erst dann übersiedeln, wenn sie Vollzeit-Pflege benötigen, auch wenn 62 % betonen, der Familie nicht als Pflegfall zur Last fallen zu wollen.¹²

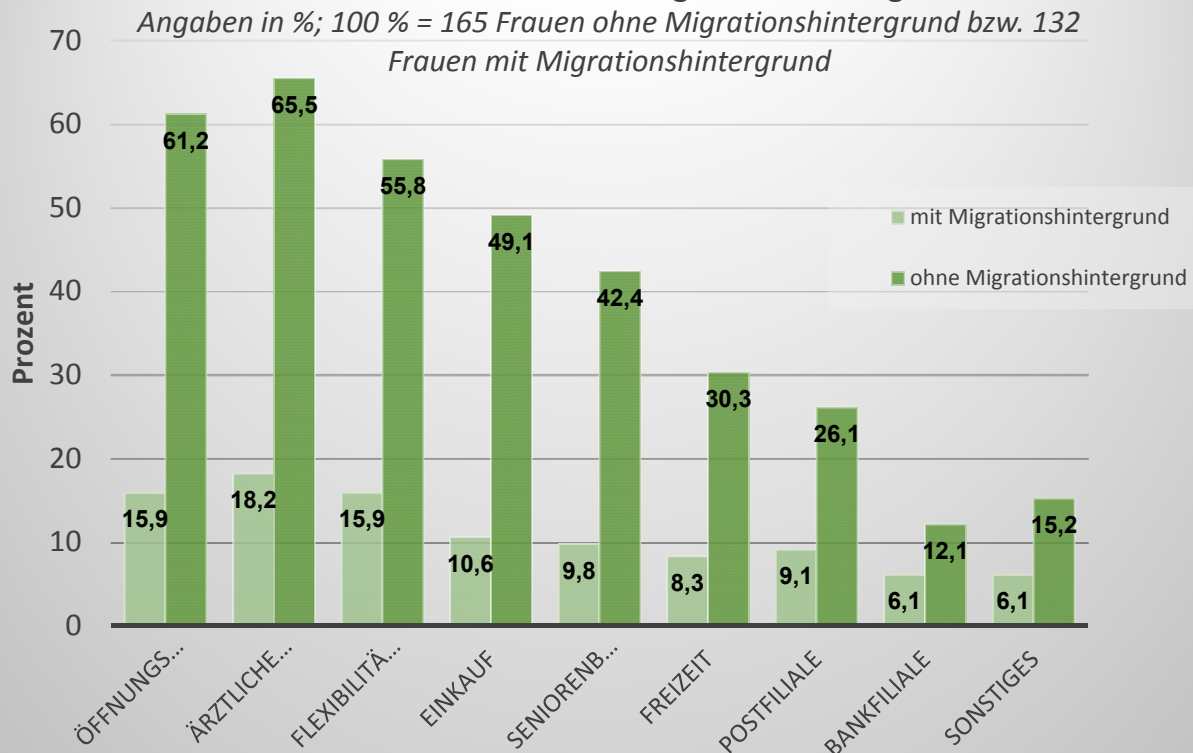
Unter den Frauen mit Migrationshintergrund scheint die Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege eine deutlich kleinere Rolle zu spielen als bei denen ohne Migrationshintergrund. Dies könnte auf den weitgehend funktionierenden Familienverbund zurückzuführen sein.

Lt. einer repräsentativen Untersuchung "Migranten, Meinungen, Milieus" die im Auftrag des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) durchgeführt wurde, gelingt Integration im ländlichen Raum und in kleinen Orten besser. Dort haben Zugewanderte mehr Kontakt mit der deutschen Bevölkerung, dort beteiligen sie sich auch häufiger auf lokaler Ebene in Vereinen und Parteien. In Großstädten hingegen ist die Spaltung groß – auch unter den Zugewanderten selbst.



¹² TNS infratest: Private Pflegezusatzversicherungen. Zwar hoch geschätzt, aber (noch) wenig abgeschlossen, Pressemitteilung, 7.5.2012, München.

Abb. 21: Vereinbarkeit Beruf, Familie, Pflege - Gründe für die Unzufriedenheit mit/ohne Migrationshintergrund

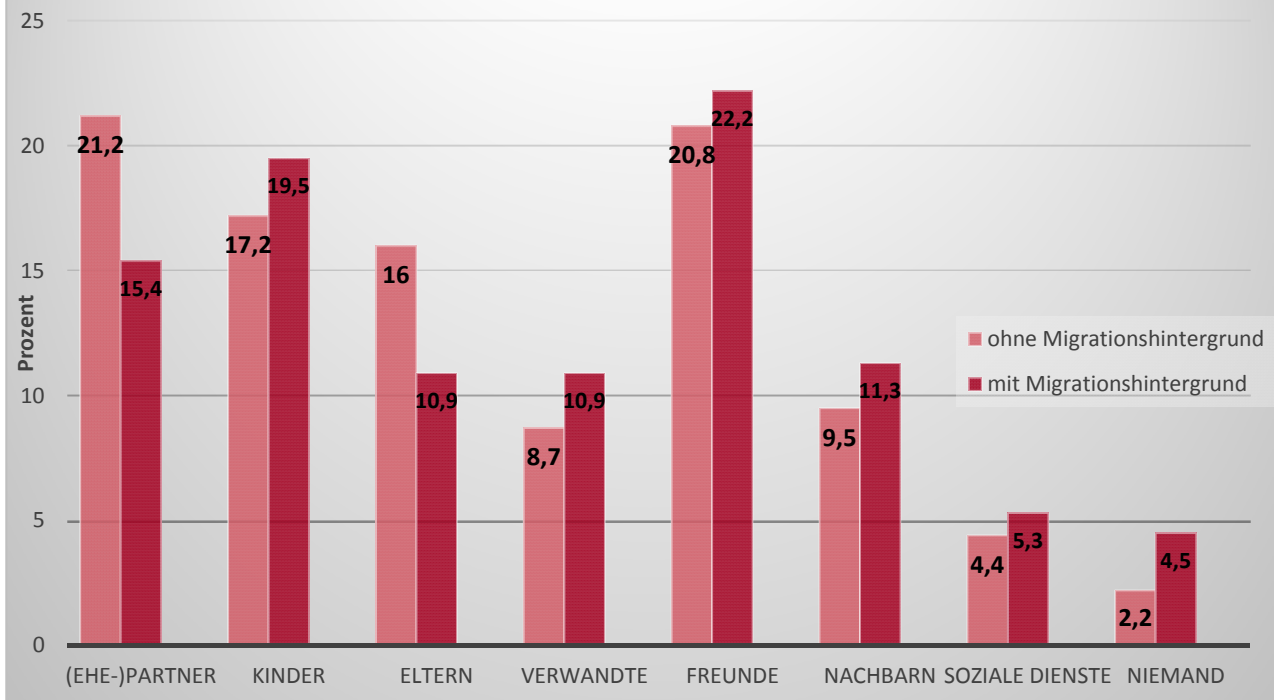


Die Ergebnisse zeigen, dass die Lebenswelten, Werte und Einstellungen von Menschen mit anderen Wurzeln zunehmend auseinanderdriften. Nicht nur durch die Fluchtbewegung 2015, sondern auch durch die EU-Osterweiterung und die Globalisierung sind viele Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen. Menschen mit Migrationshintergrund haben dabei oft mehr mit Deutschen aus ihrem eigenen sozialen Milieu gemeinsam als mit ihren Landsleuten in anderen Milieus. Die gleiche nationale Herkunft oder Religionszugehörigkeit muss also nicht heißen, dass auch Lebensplanung und -gestaltung geteilt werden. Zwei Drittel der Befragten schätzen das Zusammenleben zwischen Migranten und Deutschen als sehr gut oder gut ein. Auffällig dabei ist: Je mehr Kontakte die Befragten mit Deutschen haben, desto positiver bewerten sie auch das Zusammenleben und die Integration. Vielfach verstehen sich die Zugewanderten aus der Mitte und der modernen Milieus gar nicht mehr als Migrantinnen und Migranten. Sie haben in der Regel zwar ein biculturelles Selbstverständnis, fühlen sich aber in Deutschland zu Hause.

In Rahmen unserer Befragung zu dem Punkt Wohnen ist interessant, dass sich Deutsche und Zugewanderte bei der Wohnsituation am meisten unterscheiden: Migrantinnen und Migranten haben meist kleinere Wohnungen und sie zahlen im Schnitt acht Prozent mehr Miete pro Quadratmeter. (Auch dieses wäre interessant für den OAK herauszufinden.) Und während mehr als die Hälfte der Deutschen Wohneigentum besitzt, hat nur jede dritte Person mit Migrationshintergrund ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung. Entsprechend unzufrieden sind Menschen mit anderen Wurzeln mit ihren Wohnbedingungen. Wer sich aber ein Eigenheim leisten kann, fühlt sich mit Deutschland stärker verbunden. Das trifft überwiegend auf Zugewanderte auf dem Land zu. Besonders viele dieser Menschen gaben in den Interviews an, dass sie sich "deutscher als die Deutschen" fühlten.

Die abschließende Frage in diesem Kontext, wer im Notfall hilft, ist natürlich weitgehend spekulativ, soweit sie nicht auf kulturell belastbaren Erwartungen beruhen und keine Erfahrungen in dieser Hinsicht vorliegen. Dabei zeigen sich entsprechend Abb. 22 deutliche Unterschiede zwischen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. Frauen ohne Migrationshintergrund zählen in erster Linie auf ihre Partner und Freunde, dann mit einem gewissen Abstand auf die Kinder und Eltern. Bei den Frauen mit Migrationshintergrund stehen Freunde an erster Stelle, gefolgt von ihren Kindern und – mit deutlichem Abstand – ihren Partnern. Mit weiterem Abstand folgen Nachbarn, Eltern und Verwandte. Immerhin geben 4,5 % dieser Frauen an, dass ihnen im Notfall wohl niemand hilft.

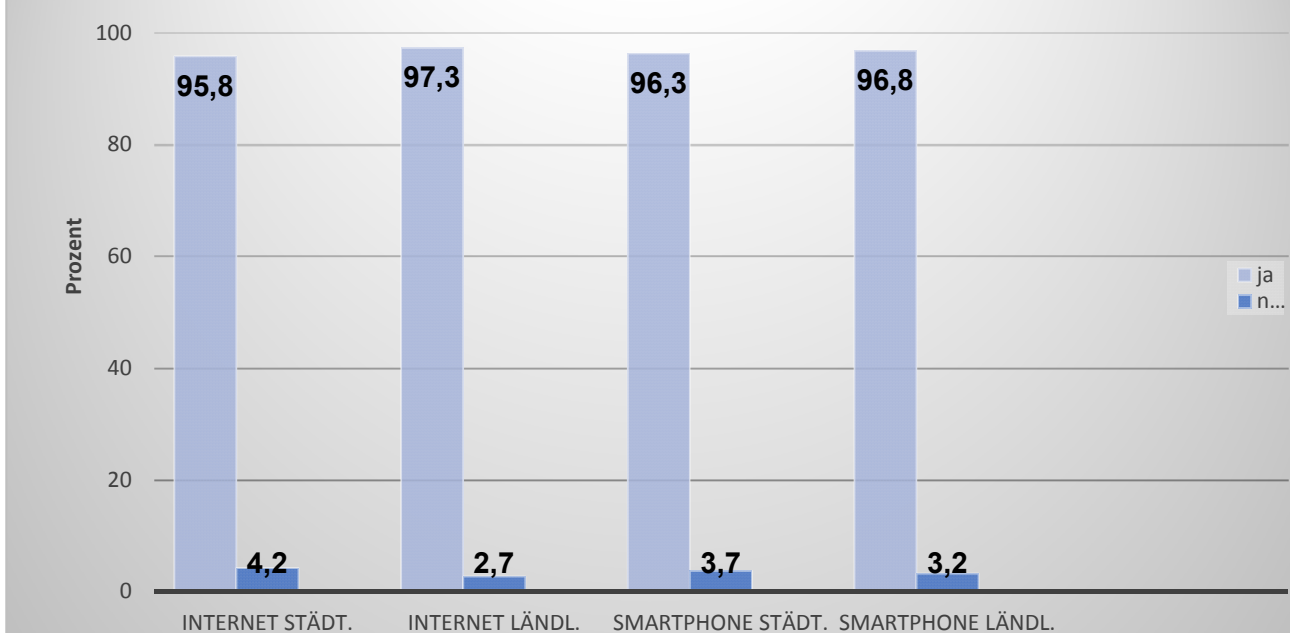
Abb. 22: Wer hilft im Notfall? Erfahrungen bzw. Erwartungen
Angaben in %; 100 % = 266 Angaben bei Frauen mit und 1 158 Angaben bei Frauen ohne Migrationshintergrund - Mehrfachnennungen möglich



9. Mediennutzung

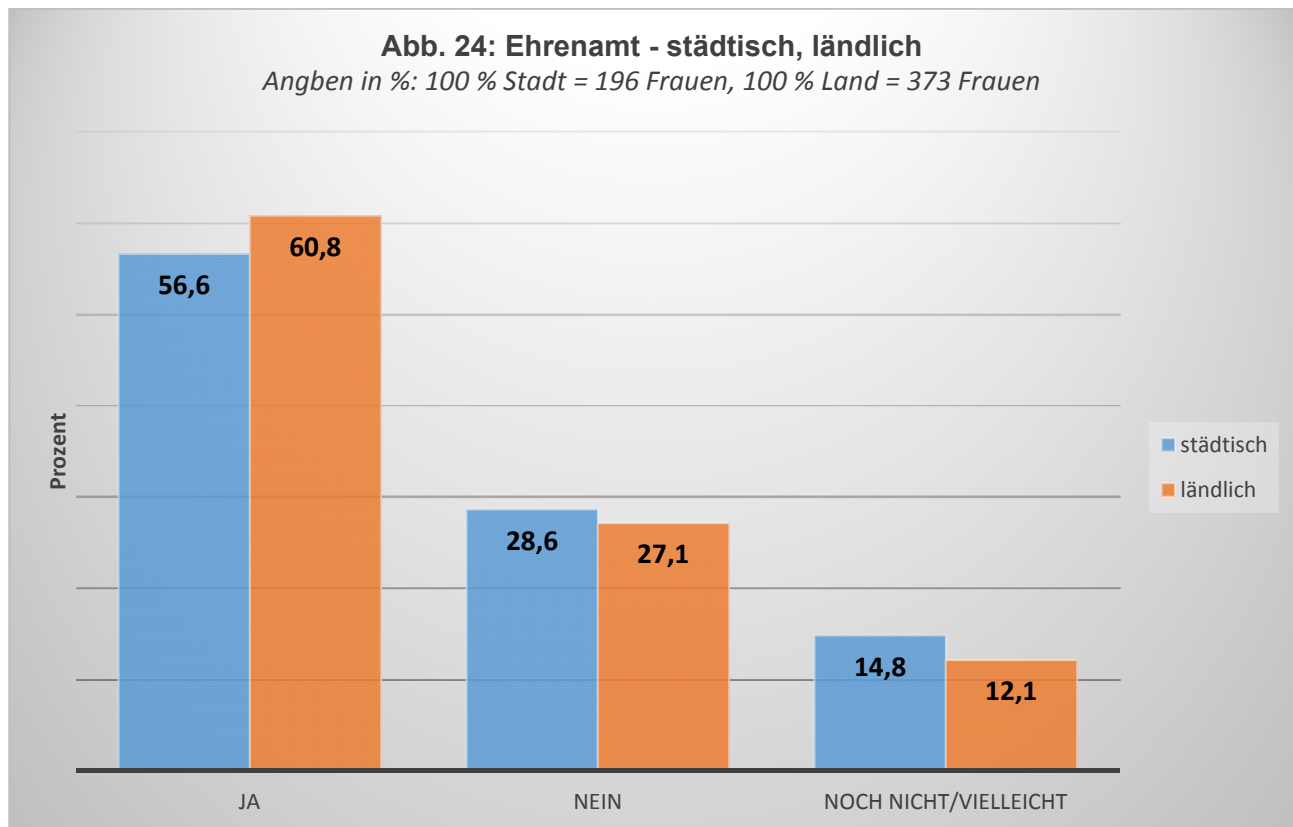
Medienzugang und –nutzung stellen bei den befragten Frauen – unabhängig von Wohnumfeld, Alter oder Migrationshintergrund - eine Standardkompetenz dar (vgl. Abb. 23): 98,4 % (Stadt) bzw. 97,6 % (Land) haben Zugriff auf internetfähige Geräte, 97,5 % bzw. 97,1 % besitzen ein Handy oder Smartphone. Die wenigen „medienabstinenten“ Frauen gaben als Begründung überwiegend „kein Interesse“ an.

Abb. 23: Medienzugang städtisch/ländlich
Angaben in %; 100 % städtisch = 190 Frauen, 100 % ländlich 374 Frauen



In unserer Befragung wurde lediglich der Zugang zu Medien als solcher erfragt. Hinweise auf die Qualität der Versorgung - mit welcher Geschwindigkeit Daten übertragen werden können – waren so nicht zu erhalten. Insofern darf das positive Ergebnis nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Versorgung mit schnellerem Internet, gerade für anspruchsvollere Aufgaben noch eine große Herausforderung darstellt. Sie wird entscheidend dafür sein, ob neuartige Versorgungsangebot und Services, Bildungsangebote, Erwerbsmöglichkeiten sich auch im ländlichen Raum verbreiten können, um ihn als Wohn- und Arbeitsort attraktiv zu erhalten.

10. Ehrenamt



Im Leben der befragten Frauen spielt bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Rolle. Sie engagieren sich deutlich stärker als der Bundes- oder Landesschnitt, über die Hälfte der Frauen sind – ob in städtischem oder ländlichem Umfeld lebend - ehrenamtlich engagiert. Ob politisch, in einer sozialen Einrichtung oder in einem Verein ist zwar erfasst, konnte aus Ressourcengründen aber nicht ermittelt werden. Damit ist auch nicht bekannt, wie hoch das Mehrfachengagement ist und inwieweit die Aus- bzw. Belastungsgrenze erreicht ist.

Zur Beurteilung der ehrenamtlichen Beteiligung der einzelnen Altersgruppen entspr. Abb. 25 wird der Vergleich mit deren Anteil an der GG herangezogen (Darstellung s. Abb. 3). Dabei zeigt sich, dass die älteste Gruppe der über 65-Jährigen ehrenamtlich doppelt so hoch tätig ist als es ihrem Anteil an der GG entspricht. Auch die Gruppe der 51 bis 65-Jährigen ist überdurchschnittlich beteiligt. Die Beteiligung der 36 bis 50-Jährigen entspricht in etwa ihrem Anteil an der GG - obwohl davon auszugehen ist, dass gerade diese Altersgruppe im Bereich der Elternvertretungen in Kitas und Schulen zu finden ist. Diese aktiven Frauen aus der „Generation in der Rush-Hour“ dürfte überwiegend neben Familie und Beruf über keine weiteren Zeitreserven mehr verfügen. Im Vergleich dazu fällt die Altersgruppe der unter 35-Jährigen zurück, deren ehrenamtliche Betätigung in etwa die Hälfte ihres zahlenmäßigen Anteils ausmacht.

Abb. 25: Ehrenamt - Altersstruktur Vergleich städtisch/ländlich

Angaben in %: 100 % städtisch = 110 Frauen, 100 % ländlich = 227 Frauen

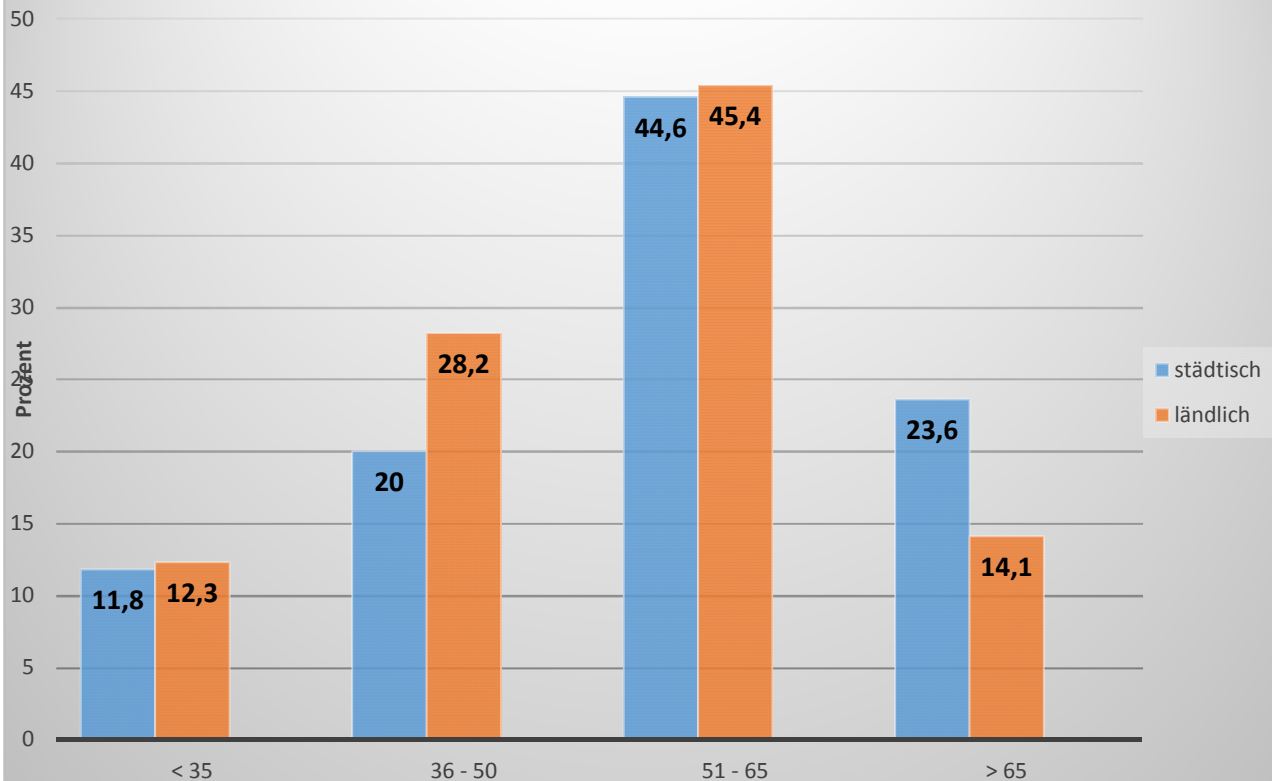
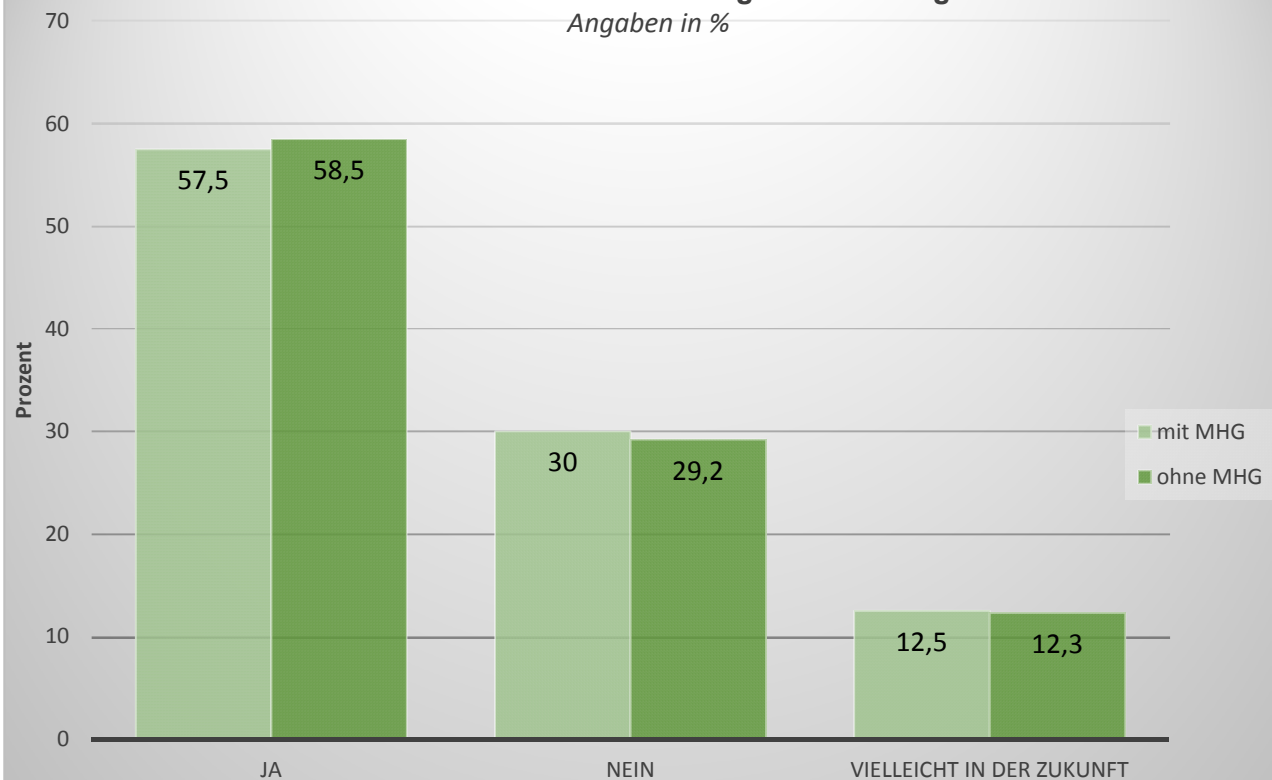


Abb. 26: Ehrenamt – mit/ohne Migrationshintergrund

Angaben in %



Eine der am weitest verbreiteten Thesen zur Teilhabe von Bürgern mit Migrationshintergrund besagt, dass diese - vielleicht mit Ausnahme des Sports - allenfalls in Ansätzen zu erkennen sei. Wie aus Abb. 26 ersichtlich gibt es in dieser Hinsicht unter den befragten Frauen keinen signifikanten Unterschied in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund. Die im Fragebogen enthaltene Frage nach der Art des Ehrenamtes konnte aus Ressourcengründen weder vom Team der Hochschule noch von mir in der Nachbereitung ausgewertet werden. Da die Forschungslage zu Migrationshintergrund in Verbindung mit dem Geschlecht im Ehrenamt äußerst dürftig ist, wären - gerade im Integrationskontext - diese Informationen von höchstem Interesse, u. a. um ggf. hier den Blick durch die Brille der Mehrheitsgesellschaft zu korrigieren.

C Schlussbemerkungen

Die vorliegende Studie ist ein erster Schritt, um eine sachliche Diskussion zur Situation der Frauen im Ostalbkreis weiterführen zu können. Auf dieser Basis sollten in einem weiteren Schritt Handlungsempfehlungen entwickelt werden. Andererseits muss auch an dieser Stelle wieder darauf hingewiesen werden, dass das dokumentierte Datenmaterial Grundlage für sehr viele weitergehende Analysen bietet – eine Chance, die genutzt werden sollte. Hierzu ist es erforderlich, die Ressourcenfrage neu zu diskutieren.